

Erster Überblick	190
Kennzahlen im Zeitvergleich	
Kennzahlen nach Ländern	
Methodische Erläuterungen	191
Definitionen	193
Tabellen	
Sozialbudget	197
Leistungen und Finanzierung	
Gesetzliche Versicherungen	199
Kranken-, Unfall-, Renten-, Zusatzversicherungen, Alterssicherung der Landwirte, Pflegeversicherung, Arbeitsförderung	
Kinder- und Erziehungsgeld	211
Berechtigte und Leistungen	
Kriegsopfer	212
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	
Sozialhilfe	213
Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII, Ausgaben und Einnahmen	
Asylbewerberleistungen	215
Empfänger/-innen, Ausgaben und Einnahmen	
Kinder- und Jugendhilfe	216
Institutionelle Beratung, Betreuung, sozialpädagogische Familienhilfe, erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses, Ausgaben und Einnahmen, Adoptionen, vorläufige Schutzmaßnahmen, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege	
Schwerbehinderte Menschen	227
Nach Art und Ursache der schwersten Behinderung sowie Grad der Behinderung, nach Altersgruppen und Geschlecht	
Wohngeld	228
Empfängerhaushalte, Ausgaben	
Lastenausgleich	229
Zuerkennung und Erfüllung der Hauptentschädigung, Empfänger/-innen	
Publikationen und Auskünfte	230

8 Soziale Leistungen Kennzahlen im Zeitvergleich

Gegenstand der Nachweisung	1)	Einheit	1995	2000	2002	2004	2005	2006	Seite
Ausgaben									
Gesetzliche Krankenversicherung ²⁾	JS	Mill. EUR	124 006	133 823	143 026	140 178	143 809	...	199
Gesetzliche Unfallversicherung	JS	Mill. EUR	12 992	13 384	15 275	14 556	14 390	...	201
Allgemeine Rentenversicherung	JS	Mill. EUR	189 977	217 596	232 872	237 770	240 480	...	206
Knappschaftliche Rentenversicherung	JS	Mill. EUR	13 559	14 390	14 584	14 895	14 786	...	206
Soziale Pflegeversicherung ³⁾	JS	Mill. EUR	5 295	16 718	17 346	17 605	17 891	18 034 ⁴⁾	210
Arbeitslosengeld und -hilfe ^{4) 5)}	JS	Mill. EUR	35 130	36 772	41 763	47 830	27 019	22 899	210
Kindergeld	JS	Mill. EUR	8 685	25 627	28 831	29 020	29 325	29 787	211
Sozialhilfe ⁷⁾	JS	Mill. EUR	26 669	23 319	24 652	26 340	19 949	...	214
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ⁷⁾	JS	Mill. EUR	2 800	1 945	1 585	1 308	1 252	...	215
Kriegsopferfürsorge ⁷⁾	JS	Mill. EUR	1 354	630	591	588	-	...	212
Kinder- und Jugendhilfe	JS	Mill. EUR	17 020	18 465	20 177	20 671	20 865	...	226
Wohngeld	JS	Mill. EUR	2 938	3 541	4 544	5 183	1 235	...	228
Kriegsopferversorgung									
Anerkannte Versorgungsberechtigte	1.1.	1 000	1 179	890	762	631	575	520	212

1) JS = Jahressumme.

2) Ohne Risikostrukturausgleich.

3) Ohne private Pflegeversicherung.

4) Ab 1998 einschl. Erstattungen an ausländische Versicherte.

5) Ab 2005 Wegfall der Arbeitslosenhilfe.

6) Vorläufiges Ist-Ergebnis ohne Berücksichtigung der zeitlichen Rechnungsabgrenzung.

7) Nähere Informationen siehe »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

Kennzahlen nach Ländern

Land	Gesetzliche Krankenversicherung	Kriegsopferversorgung	Sozialhilfe	Leistungen an Asylbewerber/-bewerberinnen	Kriegsopferfürsorge	Kinder- und Jugendhilfe	Wohngeld	
	Mitglieder (einschl. Rentner/Rentnerinnen)	anerkannte Versorgungsberechtigte	Ausgaben ¹⁾		Ausgaben	Ausgaben ²⁾	Empfängerhaushalte ³⁾	Ausgaben
	1.7.2006	1.1.2007	2005		2004	2005	31.12.2005	2005
	1 000		Mill. EUR				1 000	Mill. EUR
Deutschland	50 270 ⁴⁾	470	19 949	1 252	588	20 865	811	1 235
Baden-Württemberg	6 221	64	2 201	90	62	2 599	70	112
Bayern	7 378	75	2 744	109	85	1 633	71	104
Berlin	2 042	15	1 227	93	21	1 414	43	68
Brandenburg	1 782	12	451	29	4	762	35	45
Bremen	407	6	281	28	6	230	8	13
Hamburg	1 020	9	679	61	15	563	20	31
Hessen	3 550	37	1 715	120	52	1 816	39	80
Mecklenburg-Vorpommern	1 206	9	336	27	2	496	39	42
Niedersachsen	4 746	47	2 180	143	51	1 832	81	132
Nordrhein-Westfalen	10 505	92	4 679	340	221	4 864	181	304
Rheinland-Pfalz	2 371	26	966	44	28	1 240	31	51
Saarland	616	6	270	12	7	289	6	11
Sachsen	3 063	27	562	52	9	1 134	83	105
Sachsen-Anhalt	1 789	14	495	38	5	635	33	40
Schleswig-Holstein	1 695	16	769	35	16	655	34	55
Thüringen	1 672	13	395	29	5	547	34	41

1) Nähere Informationen siehe »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

2) Einschl. Ausgaben der obersten Bundesbehörden.

3) Einschl. Mischhaushalte.

4) Einschl. Mitgliedern mit Wohnsitz im Ausland.

Im Kapitel Sozialeleistungen werden – neben den als **Bundesstatistiken** durchgeführten Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – auch **Statistiken anderer Stellen**, wie z. B. Ministerien, verwendet. Dies geschieht, um einen möglichst umfassenden Überblick über die Sozialeleistungen in Deutschland zu geben. Die Quellen der Statistiken Dritter sind dabei der jeweiligen Ergebnistabelle zu entnehmen.

Im Folgenden werden die Methodiken der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführten Erhebungen ausführlicher dargestellt. Generell ist festzustellen, dass diese **Bundesstatistiken** – bis auf eine Ausnahme im Bereich der Pflegestatistik – als dezentrale Statistiken durchgeführt werden, d. h. das Statistische Bundesamt entwickelt das Erhebungs- und Aufbereitungskonzept und bereitet Organisation sowie EDV-Technik vor. Die Statistischen Ämter der Länder führen die Erhebungen durch und bereiten die Daten zu Ergebnissen bis auf Landesebene auf. Aus den Länderergebnissen werden im Statistischen Bundesamt die Bundesergebnisse zusammengestellt und veröffentlicht. Die Bundesstatistiken unterliegen umfangreichen Plausibilitätsprüfungen und einer durchgehenden Qualitätskontrolle durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Insofern sind die Ergebnisse dieser Erhebungen grundsätzlich von hoher **Aussagekraft** und **Qualität**.

Kinder- und Jugendhilfestatistiken

Seit 1991 werden zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Kinder- und Jugendhilfegesetzes** als Achtem Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) sowie zu seiner Fortentwicklung im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfänger/-innen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB VIII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Bei allen Erhebungen besteht gemäß § 102 SGB VIII eine nach Erhebungen differenzierte Auskunftspflicht für die Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe.

Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen i. d. R. zwischen sieben bis elf Monaten nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene erfolgt die **Datenveröffentlichung** üblicherweise früher.

Im **Einzelnen** werden im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken **folgende Erhebungen** durchgeführt, die sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stichtage unterscheiden:

- Teil I: Statistiken der Leistungen und anderen Aufgaben des Jugendamtes nach den §§ 28–35, 41–43 SGB VIII (a. F.), während des Jahres begonnene und beendete Hilfen, alle fünf Jahre zum 31.12. Bestandserhebung der (teil-)stationären erzieherischen Hilfen (§§ 32–35 SGB VIII), ab 2007: Statistiken der erzieherischen Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII (n. F.), Meldung von während des Jahres beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12., jährlich,
- Teil II: Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit, alle vier Jahre, zuletzt 2004,
- Teil III.1: Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe – Tageseinrichtungen für Kinder, bis 2002 alle vier Jahre, ab 2006: Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen, jährlich,
- Teil III.2: Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung), alle 4 Jahre, zuletzt 2002,
- Teil III.3: Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege, neu ab 2006, jährlich,
- Teil III.4: Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege, neu ab 2006 bis 2010, jährlich,
- Teil IV: Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder, wie z. B. über Anzahl der Heimunterbringungen, die Zahl der Einrichtungen für Heimerziehung und das dort tätige Personal sowie die Ausgaben für Heimerziehung, möglich sind.

Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Pflegestatistik

Ziel der Statistik ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Dies geschieht, um Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig erkennen und angemessen reagieren zu können. Die Angaben werden ferner für die weitere Planung und Fortentwicklung des Pflegeversicherungsgesetzes benötigt.

Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder seit Dezember 1999 zweijährlich durchgeführt. Die **Rechtsgrundlage** für die Statistik bildet § 109 Abs. 1 SGB XI in Verbindung mit der Pflegestatistikverordnung.

Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen: Zum einen werden die **ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen** von den Statistischen Landesämtern befragt, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfänger von **Pflegegeldleistungen** – also die meist von Angehörigen gepflegten Leistungsempfänger/-innen. Diese Datenmeldung erfolgt per Datenträger an das Statistische Bundesamt.

Der **Erhebungsstichtag** für die Erhebung bei den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist der 15.12., für die Pflegegeldempfänger/-innen – organisatorisch bedingt davon abweichend – der 31.12. Die **Veröffentlichung** des Deutschlandergebnisses der Erhebung zum Jahresende 2005 erfolgte im Februar 2007.

Anhand der Statistiken über die Pflegeeinrichtungen kann, zusammen mit den Daten der Statistik über die Pflegegeldempfänger/-innen, die **Gesamtzahl der Pflegebedürftigen** ermittelt werden. Die so ermittelte Anzahl liegt um rund 3 % über der Zahl der Pflegebedürftigen, die im Rahmen der sozialen und privaten Pflegeversicherung festgestellt wird. Eine ausführlichere Darstellung von Unterschieden in der Methodik und möglichen Ursachen für die Abweichungen ist dem »Bericht: Pflegestatistik 2005 – Deutschlandergebnisse« zu entnehmen. Berichte zur Pflegestatistik finden Sie als kostenlosen Download im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter dem Suchwort »Pflegestatistik«.

Die Daten zum **Personal in den Pflegeeinrichtungen** werden als Basis für die Gesundheitspersonalrechnung des Statistischen Bundesamtes verwendet. Die Ergebnisse der Pflegestatistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

Statistik der schwerbehinderten Menschen

Zweck der Erhebung ist es, Grundsatzinformationen für die sozialpolitischen Planungen bereitzustellen sowie Beurteilungsgrundlagen für die Durchführung von Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen zugunsten des betroffenen Personenkreises zu liefern.

Es handelt sich um eine Vollerhebung, die alle zwei Jahre durchzuführen ist. Erhebungsstichtag ist der 31.12. Die Rechtsgrundlage ist der § 131 des SGB IX.

Die Datenlieferung von den Versorgungsämtern an die Statistischen Landesämter erfolgt ausschließlich auf maschinellen Datenträgern, da bei dieser Statistik auf bereits vorhandene Datensätze bzw. Register der Ämter zurückgegriffen werden kann.

Die Veröffentlichung des vorläufigen Deutschlandergebnisses der Erhebung zum Jahresende 2005 erfolgte im Juli 2006.

Im Rahmen der Statistik über die schwerbehinderten Menschen finden inhaltliche und formale Prüfungen insbesondere in den Statistischen Landesämtern statt. Da bestehende Datenbestände bzw. Register der Versorgungsämter genutzt werden, ist die **Qualität** allerdings auch von den internen Prüfungen der Versorgungsämter abhängig. In den Versorgungsämtern sind vor allem regelmäßige Abgleiche der Datenbestände mit den aktuellen Einwohnerregistern erforderlich. Die **Registerabgleiche** sind nötig, um erkennen zu können, ob der gemeldete Schwerbehinderte aus dem Bereich des Versorgungsamtes weggezogen oder verstorben ist. Informationen über den schwerbehinderten Menschen erhalten die Versorgungsämter ansonsten i. d. R. nur alle fünf Jahre, wenn ein neuer Schwerbehindertenausweis beantragt wird. In einigen Fällen führen Versorgungsämter auch jährliche Anschreibungsaktionen zur Aktualisierung des Bestandes durch.

Die statistischen Ämter kontaktieren die Versorgungsämter regelmäßig vor den Erhebungen, um an die Aktualisierung der Register zu erinnern. In einigen Ländern waren im Zuge der verbesserten Möglichkeiten für Registerabgleiche in den letzten Jahren deutliche Rückgänge bei der Zahl der schwerbehinderten Menschen zu beobachten. Als Beispiele sind hier zu nennen: Baden-Württemberg (Rückgang von 6 % bzw. 43 000 Personen von 2001 im Vergleich zu 1999), Niedersachsen (Rückgang von 10 % bzw. 68 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Nordrhein-Westfalen (Rückgang von 5 % bzw. 90 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Hessen (Rückgang von 6 % bzw. 34 000 Personen von 2005 im Vergleich zu 2003).

Kriegsopferfürsorgestatistik

Zweck der Kriegsopferfürsorgestatistik ist es, Feststellungen über den Umfang der Leistungen der Kriegsopferfürsorge sowie über den Personenkreis der Leistungsempfänger/-innen zu treffen. Bund und Länder benötigen für Planung, Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Kriegsopferfürsorgerechts zuverlässige statistische Angaben.

Es handelt sich um eine zweijährliche Vollerhebung. Die **Rechtsgrundlage** bildet das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge.

Die Daten werden von den Statistischen Landesämtern bei den örtlichen und überörtlichen Trägern der Kriegsopferfürsorge erhoben. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2004 lagen im Oktober 2005 vor. Die Ergebnisse der Statistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

Sozialhilfestatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Zwölften Buches Sozialgesetzbuch** (SGB XII »Sozialhilfe«) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Sozialhilfestatistik verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die alle als Vollerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Sozialhilfeempfänger/-innen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB XII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Sozialhilfestatistiken sind die §§ 121–129 des SGB XII. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 125 SGB XII eine Auskunftspflicht durch die örtlichen Träger (Sozialämter der kreisfreien Städte bzw. Landkreise) oder die überörtlichen Träger (Länder selbst oder höhere Kommunalbehörden, wie z. B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände oder Bezirke) der Sozialhilfe.

Die Bundesergebnisse der Sozialhilfestatistiken werden i. d. R. rund neun bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Das mit Inkrafttreten des SGB XII zum 1.1.2005 grundlegend reformierte Berichtssystem der Sozialhilfestatistik gliedert sich seitdem in die folgenden Teilerhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempfänger/-innen) nach dem 3. Kapitel SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12. sowie Meldung der Zu- und Abgänge,
- Statistik der Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfestellung, vierteljährliche Bestandserhebung zum Quartalsende,
- Statistik der Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.,
- Statistik der Empfänger/-innen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII (u. a. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit; bis Ende 2004 wurden diese Leistungen als »Hilfen in besonderen Lebenslagen« bezeichnet), jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr,
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Asylbewerberleistungsstatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Asylbewerberleistungsgesetzes** (AsylbLG) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Asylbewerberleistungsstatistik verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die als Totalerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Empfänger/-innen von Asylbewerberleistungen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem AsylbLG verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Asylbewerberleistungsstatistik bildet § 12 AsylbLG. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 12 Abs. 5 AsylbLG eine Auskunftspflicht durch die für die Durchführung des AsylbLG zuständigen Stellen.

Die Bundesergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistiken werden i. d. R. rund neun bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Im Einzelnen werden im Rahmen der amtlichen Asylbewerberleistungsstatistik **folgende Erhebungen** durchgeführt, die sich jeweils durch unterschiedliche Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfänger/-innen von Asylbewerberleistungen, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.,

- Statistik der Empfänger/-innen von besonderen Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr,
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Wohngeldstatistik

Zur **Beurteilung** der Auswirkungen des **Wohngeldgesetzes** (WoGG) sowie zu seiner Fortentwicklung werden im Rahmen der amtlichen Wohngeldstatistik Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen, die als Totalerhebungen durchgeführt werden, liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Wohngeldempfänger/-innen sowie über die mit den Wohngeldleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Wohngeldstatistiken ist § 35 WoGG. Für die Erhebungen besteht gemäß § 35 Abs. 8 WoGG eine Auskunftspflicht durch die für die Leistung von Wohngeld zuständigen Stellen.

Die Bundesergebnisse der Wohngeldstatistiken werden i. d. R. rund neun bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vom Statistischen Bundesamt **veröffentlicht**. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Im Einzelnen wurden im Rahmen der amtlichen Wohngeldstatistik (bis einschließlich dem Berichtsjahr 2004) **folgende Erhebungen** durchgeführt, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Allgemeines Wohngeld, jährliche Erhebung der Empfänger/-innen zum 31.12.,
- Allgemeines Wohngeld, vierteljährlich für das abgelaufene Quartal,
- Besonderer Mietzuschuss, jährliche Erhebung der Empfänger/-innen zum 31.12.,
- Besonderer Mietzuschuss, vierteljährlich für das abgelaufene Quartal.

Infolge des zum 1.1.2005 in Kraft getretenen »Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (»Hartz IV«) haben sich auch für das Wohngeldrecht bzw. die Wohngeldstatistik erhebliche Veränderungen ergeben. Diese hatten auch den Wegfall des besonderen Mietzuschusses zur Folge, so dass Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge seit dem 1.1.2005 nicht mehr zu den Wohngeldempfängern zählen und dementsprechend die Erhebungen zum besonderen Mietzuschuss seitdem entfallen (Einzelheiten zu den rechtlichen Änderungen seit 2005 können Sie den Ausführungen zum Stichwort »Wohngeld« im Abschnitt »Definitionen« entnehmen).

Abgrenzung Sozialbudget/Sozialeleistungen

Zur Vermittlung eines Gesamtüberblicks werden im Tabellenteil zunächst die Sozialleistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeber in der Abgrenzung des **Sozialbudgets** der Bundesregierung nach Institutionen, Leistungs- und Finanzierungsarten dargestellt (Tabelle 8.1). In den folgenden Tabellen 8.2 bis 8.19 werden aus verschiedenen Erhebungen und Geschäftstatistiken Angaben über einzelne **Sozialeleistungen** in tieferer Detaillierung gebracht. Weil die Zahlen des Sozialbudgets z. T. definitorisch anders abgegrenzt bzw. bereinigt sind (s. u.), besteht keine volle Vergleichbarkeit mit den Angaben aus den Statistiken der Sozialleistungen (insbesondere mit den Rechnungsabschlüssen der in den Tabellen 8.2 bis 8.19 aufgeführten Sozialleistungsträger) bzw. mit den Ergebnissen der Finanzstatistik im Kapitel 23 des Statistischen Jahrbuchs.

Im Abschnitt »Definitionen« werden Erläuterungen zur Abgrenzung der einzelnen Sozialleistungen bzw. Institutionen des Sozialbudgets gegeben. Damit die einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbar sind, mussten sie für die Darstellung im Sozialbudget bereinigt werden. So werden z. B. die Sozialleistungen insgesamt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfänger/-innen und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfänger/-innen sozialer Leistungen bereinigt. Die Beiträge des Staates sind allerdings nach wie vor in den Leistungen der einzelnen Institutionen enthalten und dort als Barerstattung ausgewiesen. Weiter wird die Krankenversicherung um die Mutterschutzleistungen des Bundes ergänzt, die Sozialhilfe um die zusätzlichen Leistungen der Länder und Gemeinden sowie ab 1994 um die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Jugendhilfe um Leistungen nach dem Bundesjugendplan und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Darlehen finden im Sozialbudget keinen Niederschlag.

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 13 »Sozialeleistungen« (siehe hierzu auch »Publikationen und Auskünfte« am Ende dieses Kapitels). Über unsere Internetadresse www.destatis.de können Sie unter »Publikationen« kostenlos zusätzliche Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken anhand der thematisch geordneten »Qualitätsberichte« abrufen.

Die folgenden Definitionen, auch soweit sie die Rechtslage betreffen, beziehen sich auf den Zeitraum bis 2005.

Alterssicherung der Landwirte: Die Alterssicherung der Landwirte (AdL) soll den landwirtschaftlichen Unternehmern, ihren Familienangehörigen und Hinterbliebenen eine Grundsicherung im Alter und bei verminderter Erwerbsfähigkeit gewährleisten. Zu diesem Zweck werden von den landwirtschaftlichen Alterskassen als Träger der landwirtschaftlichen Alterssicherung insbesondere Altersrenten, Renten wegen Erwerbsminderung, Landabgaberenten sowie Hinterbliebenen- und Waisenrenten gewährt. Die AdL erbringt als Leistungen zur Teilhabe medizinische und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation. Für die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen gelten die Regelungen der GRV entsprechend. Bei Erbringen einer Leistung zur Rehabilitation, bei Arbeitsunfähigkeit und Schwangerschaft kann zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Unternehmens Betriebs- und Haushaltshilfe gewährt werden.

Die Leistungen der Alterssicherung der Landwirte schließen flankierende soziale Maßnahmen zum Strukturwandel in der Landwirtschaft ein: Landabgaberente, sowie außerhalb der Alterssicherung Produktionsaufgaberente nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG).

Beitragspflichtig zur Alterssicherung ist jeder landwirtschaftliche Unternehmer und ab 1995 auch sein Ehegatte. Für mitarbeitende Familienangehörige zahlt der Unternehmer einen Beitrag in Höhe der Hälfte des Unternehmerbeitrags. Befreiung ist möglich, z. B. bei regelmäßigem außerlandwirtschaftlichem Einkommen von mehr als 4 800 Euro jährlich.

Arbeitsförderung: Versicherungspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind alle Arbeiter/-innen oder Angestellte gegen Entgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigten Personen. Darüber hinaus sind folgende besonderen Personenkreise versicherungspflichtig: Jugendliche Behinderte, die in Einrichtungen für Behinderte an einer berufsfördernden Maßnahme teilnehmen, Jugendliche, die in Einrichtungen der Jugendhilfe für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen, Wehr- und Zivildienstleistende, wenn sie zuvor dem Kreis der Versicherten bereits zuzurechnen waren, unter bestimmten Voraussetzungen Strafgefangene. Bezieher von Mutterschaftsgeld, Krankengeld, Versorgungskrankengeld, Verletztengeld und Bezieher von Übergangsgeld von einem Träger der medizinischen Rehabilitation, wenn sie zuvor dem Kreis der Versicherten bereits zuzurechnen waren, Bezieher von Krankentagegeld durch eine private Krankenversicherung, wenn sie zuvor dem Kreis der Versicherten bereits zuzurechnen waren, Bezieher einer Rente wegen voller Erwerbsminderung, wenn sie zuvor dem Kreis der Versicherten bereits zuzurechnen waren, und Erziehende von einem Kind, das das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wenn sie zuvor dem Kreis der Versicherten bereits zuzurechnen waren.

Der Beitragssatz ist grundsätzlich in gleichen Teilen vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu entrichten.

Die Arbeitsförderung umfasst neben den Aufwendungen der Bundesagentur für Arbeit auch deren Auftragsleistungen für Bund und Länder sowie besondere arbeitsmarktpolitische Hilfen und Sonderprogramme. Zu den Leistungen der aktiven Arbeitsförderung zählen u. a. die Beratung und Vermittlung, die Förderung der Eingliederungsaussichten, der Aufnahme einer Beschäftigung, der Einstellung von Arbeitnehmern sowie der beruflichen Aus- und Weiterbildung; ferner sind dies die Leistungen zur Förderung der beruflichen Teilhabe behinderter Menschen, Kurzarbeitergeld, Transferkurzarbeitergeld, Saison-Kurzarbeitergeld und ergänzende Leistungen in der Bauwirtschaft sowie Zuschüsse zu Transfermaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Leistungen zum Ausgleich des finanziellen Schadens aufgrund von Arbeitslosigkeit sind Arbeitslosengeld und Teilarbeitslosengeld, Insolvenzgeld sowie Förderung der Teilzeitarbeit.

Asylbewerberleistungen: Am 1.11.1993 ist das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Kraft getreten. Asylbewerber/-innen und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte erhalten seitdem bei Bedarf anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem AsylbLG. Zur Deckung des täglichen Bedarfs (Ernährung, Kleidung, Unterkunft etc.) erhalten die Leistungsberechtigten Regelleistungen. Diese werden entweder in Form von Grundleistungen (§ 3 AsylbLG) oder in besonderen Fällen in Form von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 2 AsylbLG) analog zu den Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) gewährt. Daneben erhalten die Asylbewerber/-innen in speziellen Bedarfssituationen besondere Leistungen, z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG). Die analoge Anwendung von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erfolgt auch in diesem Bereich in besonderen Fällen auf der Grundlage des § 2 AsylbLG. Demnach ist Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Hilfe zur Pflege zu gewähren. Die übrigen Hilfen können bewilligt werden, wenn dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Im Sozialbudget werden die Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG weiterhin

zusammen in der Institution »Sozialhilfe« ausgewiesen. Erfasst werden hier auch weitere soziale Hilfen des Bundes und der Länder.

Ausbildungsförderung: Leistungen für den Lebensunterhalt und die Ausbildung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) mit dem Ziel, Kindern aus wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Familien eine ihrer Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung zu ermöglichen. Die Leistungen an Schüler/-innen und Studierende bestehen aus Zuschüssen oder Darlehen (im Sozialbudget nicht enthalten). Auf den Bedarf – Vorbedingung ist, dass keine anderen Mittel für Ausbildung und Unterhalt zur Verfügung stehen – sind Einkommen und Vermögen des Auszubildenden, der Eltern und des Ehegatten anzurechnen (familienabhängige Förderung). Weiterhin sind in der Institution »Ausbildungsförderung« auch die Leistungen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) enthalten.

Beihilfen: Leistungen bei Krankheit, Mutterschaft und Tod aktiver oder ehemaliger Bediensteter sowie deren Angehöriger, die nach dem Beihilferecht von den Gebietskörperschaften, ihren Wirtschaftsunternehmen und von sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gezahlt werden.

Betriebliche Altersversorgung: Die betriebliche Altersvorsorge ist klassischerweise eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers. Seit dem 1.1.2002 haben Beschäftigte jedoch grundsätzlich das Recht, Teile ihres Lohnes oder Gehaltes in eine wertgleiche Zusage auf eine betriebliche Altersversorgung umzuwandeln (Entgeltumwandlung). Leistungen der betrieblichen Altersversorgung können vom Arbeitgeber direkt über eine Direktzusage bzw. eine Unterstützungskasse erfolgen oder über externe Versorgungsträger (Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds) erbracht werden. Die Förderung erfolgt in unterschiedlicher Art und Weise: über die Steuer- und Beitragsfreiheit der Aufwendungen und – in den externen Durchführungswegen – über Zulagen und zusätzlichen Sonderausgabenabzug (Riester-Förderung).

Entgeltfortzahlung: Leistungen der Arbeitgeber nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz sowie entsprechende Leistungen nach den Beamtengesetzen bei Krankheit, Arbeitsunfall und im Rehabilitationsfall. Erfasst werden hier im Sozialbudget auch die freiwilligen Leistungen der Arbeitgeber sowie ihr Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz.

Erziehungsgeld: Seit dem 1.1.1986 wird nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz Erziehungsgeld gewährt. Die Leistung ist einkommensabhängig und beträgt seit dem 1.1.2004 (Inkrafttreten des 4. BzRG) monatlich höchstens 300 Euro (Regelbetrag) bzw. 450 Euro (Budget). Beim Budget wird Erziehungsgeld maximal bis zum 12. Lebensmonat gezahlt. Für die ersten 6 Lebensmonate des Kindes entfällt das Erziehungsgeld, wenn die Einkommensgrenzen überschritten werden (Verheiratete mit einem Kind 30 000 Euro, andere Berechtigte 23 000 Euro). Ab dem 7. Lebensmonat des Kindes wird das Erziehungsgeld gemindert, wenn die dann geltenden niedrigeren Einkommensgrenzen überschritten werden (Verheiratete mit einem Kind 16 500 Euro, bei anderen Berechtigten 13 500 Euro). Für jedes weitere Kind erhöhen sich die Einkommensgrenzen um den Kinderzuschlag von 3 140 Euro.

Zum 1.1.2007 ist das neue Bundeselterngeldgesetz an die Stelle des Bundeserziehungsgeldgesetzes getreten. Es gilt für alle ab dem 1.1.2007 geborenen Kinder. Alle im Jahr 2006 geborenen Kinder fallen auch im Jahr 2007 und ggf. 2008 unter die Regelungen des Bundeserziehungsgeldgesetzes.

Familienleistungsausgleich: In dieser Institution werden die insgesamt durch Kinderfreibeträge oder Kindergeld (siehe Institution »Kindergeld«) bewirkte steuerliche Entlastung und gewährte Familienförderung dargestellt. Durch den mit Wirkung ab 1996 eingeführten Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird, zur Anwendung. Durch die einkommensabhängige Leistungsgewährung fördert das Kindergeld Familien mit geringem Einkommen und mehreren Kindern.

Familienzuschläge: Erhöhungen des Ortszuschlags für Ehegatten und Kinder, die den aktiven oder ehemaligen Bediensteten von Gebietskörperschaften, ihren Wirtschaftsunternehmen und von sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gezahlt werden.

Förderung der Vermögensbildung: In dieser Institution sind die staatlichen Leistungen nach dem Fünften Vermögensbildungsgesetz und dem Wohnungsbau-Prämiengesetz enthalten. Die bisher hier ausgewiesenen Leistungen der Arbeitgeber nach dem Vermögensbildungsgesetz und dem § 19a EStG sind in die Institution »Sonstige Arbeitgeberleistungen« umgebucht worden. Indirekte Leistungen zur Vermögensbildung enthält zudem die Institution »Steuerliche Maßnahmen«.

Gesetzliche Krankenversicherung: Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung sind insbesondere Arbeitnehmer mit einem Arbeitsentgelt zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und der jeweils maßgeblichen Versicherungspflichtgrenze, Auszubildende, Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosengeld II, Studenten (grundsätzlich bis zum Abschluss des 14. Fachsemesters und bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres), Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (wenn sie seit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenantrags mindestens 9/10 der zweiten Hälfte des Zeitraums gesetzlich krankenversichert waren), behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt sind, Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteiler sowie Künstler und Publizisten, sofern sie die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen.

Die Beiträge für die Pflichtversicherten werden grundsätzlich je zur Hälfte von ihnen selbst und von ihren Arbeitgebern, Beiträge der pflichtversicherten Rentner/-innen zur Hälfte von ihnen selbst und der Rentenversicherung getragen. Die Beiträge nach dem zusätzlichen Beitragssatz trägt das Mitglied alleine.

Die freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung ist grundsätzlich als Weiterversicherung nach Ende eines Tatbestandes der Versicherungspflicht ausgestaltet. Familienversichert sind der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern und familienversicherten Kindern unter bestimmten Voraussetzungen. Hierzu gehört insbesondere, dass das Gesamteinkommen 345 Euro monatlich, bei Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung 400 Euro monatlich, nicht übersteigt.

Die gesetzliche Krankenversicherung erbringt Leistungen für die Versicherten. Diese umfassenden Leistungen werden überwiegend als Sachleistung gewährt; in Form von Geldleistungen werden Krankengeld und Mutterschaftsgeld – als Ersatz für Verdienstaufschlag für die Zeit von sechs Wochen vor bis acht bzw. zwölf Wochen nach der Entbindung – sowie Sterbegeld gezahlt. Außerdem gehören Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und zu ihrer Verhütung (Kuren) zum Leistungskatalog.

Gesetzliche Rentenversicherung: In der Rentenversicherung sind alle Personen pflichtversichert, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind. Zu den Pflichtversicherten gehören auch bestimmte Selbstständige (z.B. Handwerker, Hebammen). Die Versicherungspflicht besteht unabhängig von der Höhe des Einkommens. Personen, die nicht versicherungspflichtig sind, haben grundsätzlich die Möglichkeit, sich freiwillig zu versichern.

Die Beiträge für Pflichtversicherte werden entsprechend dem jeweils geltenden Beitragssatz bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze grundsätzlich je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen. Sonderregelungen gelten in der knappschaftlichen Rentenversicherung.

Die Rentenversicherung erbringt Leistungen bei Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, im Alter sowie bei Tod des Versicherten. Sie zahlt bei verminderter Erwerbsfähigkeit und im Alter Renten an die Versicherten. Bei Tod des Versicherten sind seinen Hinterbliebenen Witwen- oder Witwerrenten und Waisenrenten zu zahlen. Die Rentenversicherung erbringt ferner Leistungen zur Teilhabe; das sind Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen.

Gesetzliche Unfallversicherung: Nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) sind alle in einem Arbeits-, Dienst- oder Ausbildungsverhältnis Beschäftigten (mit Ausnahme der Beamtinnen bzw. Beamten), ein Teil der Selbstständigen (z. B. Landwirte/-wirtinnen) sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen, Schüler/-innen und Studierende in der gesetzlichen Unfallversicherung versichert. Unternehmer/-innen können kraft Satzung oder freiwillig versichert sein. Die Beiträge für die Versicherten werden allein vom Unternehmer getragen.

Wichtigste Aufgabe der gesetzlichen Unfallversicherung ist die Verhütung von Versicherungsfällen. Der Versicherungsschutz umfasst Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalles (Arbeitsunfall, Berufskrankheit, Wegeunfall). Zu den Leistungen zählen insbesondere die medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation. Zu den Geldleistungen gehören u. a. das Verletztengeld (während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit), das Übergangsgeld (während der Durchführung von beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen) sowie Rentenleistungen an Versicherte und deren Hinterbliebene.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII »Sozialhilfe«) haben Personen ab 65 Jahren sowie

dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland – sofern sie bedürftig sind – einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Leistungen werden in gleicher Höhe bemessen wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (3. Kapitel SGB XII). Einkommen wie z. B. Rentenbezüge oder Vermögen des Leistungsberechtigten, des nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartners sowie des Partners einer eheähnlichen Gemeinschaft werden wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet, jedoch wird gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern bzw. Eltern mit einem Jahreseinkommen unterhalb von 100 000 Euro kein Unterhaltsrückgriff vorgenommen. Insofern sollen die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auch dazu beitragen, die so genannte »verschämte Armut« einzugrenzen. Vor allem ältere Menschen machten bestehende Sozialhilfesprüche in der Vergangenheit oftmals nicht geltend, weil sie den Rückgriff auf ihre unterhaltspflichtigen Kinder fürchteten.

Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurden zunächst gemäß dem eigenständigen Grundsicherungsgesetz (GSiG) erbracht, das zum 1.1.2003 in Kraft trat. Mit der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Reform der Sozialhilfe wurde das GSiG in das SGB XII eingeordnet. Seit diesem Zeitpunkt zählt die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung somit zur Sozialhilfe (siehe hierzu auch die Ausführungen zum Stichwort »Sozialhilfe« im Abschnitt »Definitionen« sowie die Ausführungen zur Sozialhilfestatistik im Abschnitt »Methodische Erläuterungen«).

Jugendhilfe: Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in den alten Bundesländern in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Eltern und andere Personensorgeberechtigte sowie junge Volljährige haben nach dem Gesetz Anspruch auf Beratung, Förderung und Unterstützung, insbesondere bei erzieherischen Problemen und Konflikten. Die erzieherischen Hilfen reichen von institutioneller Beratung und Betreuung einzelner junger Menschen (Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer, soziale Gruppenarbeit) über sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie sowie Heimerziehung und sonstige betreute Wohnform bis zu intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung. Über die Anzahl dieser Hilfen wird jährlich eine Bundesstatistik geführt. Ebenfalls durch das SGB VIII werden die »anderen Aufgaben« des Jugendamtes geregelt, zu denen u. a. vorläufige Schutzmaßnahmen, Adoptionen, Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften, Pflegeerlaubnisse sowie Sorgerechtsentziehungen zählen. Auch über diese Aufgaben wird eine jährliche Bundesstatistik geführt. Ab 2007 werden die Eingliederungshilfen für junge Menschen mit (drohender) seelischer Behinderung statistisch erfasst.

Ausgewählte, mit öffentlichen Mitteln geförderte Maßnahmen der Jugendarbeit werden alle vier Jahre statistisch erfasst. Anstelle der bisher vierjährlich erhobenen Statistik zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze wurden erstmals zum 15. März 2006 Daten zu den neuen Statistiken »Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen«, »Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege« und »Plätze in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege« erhoben. Diese Statistiken werden künftig jährlich durchgeführt. Die übrigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, z.B. Einrichtungen der Heimerziehung, Jugendzentren, Jugendkunst- und -musikschulen und Jugendzeltplätze, Beratungsstellen und Jugendämter werden nach der Anzahl der vorhandenen Plätze und den tätigen Personen untergliedert und weiterhin vierjährlich erfasst.

Die Ausgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe werden jährlich einschließlich der Fördermittel für freie Träger erfasst und geben einen Überblick über den (finanziellen) Stellenwert dieser Leistungen für die nachwachsenden Generationen. Im Sozialbudget werden zu diesen Ausgaben der öffentlichen Träger für Jugendhilfe noch die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einbezogen (zur Jugendhilfestatistik siehe auch im Abschnitt »Methodische Erläuterungen«).

Kindergeld: Bis 1995 wurden die direkten sozialen Transferzahlungen nach dem Bundeskindergeldgesetz im Rahmen des 1975 reformierten Familienlastenausgleichs neben der Inanspruchnahme von steuerlichen Freibeträgen für dasselbe Kind gewährt (duales System). Ab 1.1.1996 ist das Kindergeld im Rahmen des Familienleistungsausgleichs neu geregelt worden. In dem neuen System kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag oder das Kindergeld, das als Steuervergünstigung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird, zur Anwendung. Da die neue Regelung im Rahmen von steuerlichen Maßnahmen durchgeführt wird, weist das Sozialbudget den Großteil des Kindergeldvolumens bei den indirekten Leistungen in der Institution »Familienleistungsausgleich« nach. Das Kindergeld beträgt seit 2002 für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro.

Lastenausgleich: Leistungen zum Ausgleich von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und infolge der Neuordnung des Geldwesens in der Währungsreform 1948 ergeben haben, nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit: Ausgleichsleistungen für Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden, Ostschäden, Sparserschäden und Schäden in der ehem. DDR. Sie wurden als Leistungen mit Rechtsanspruch (u. a. Hauptentschädigung, Kriegsschadenrente, Hausratentschädigung, Entschädigung für Sparguthaben) oder als Leistungen ohne Rechtsanspruch (hauptsächlich Eingliederungs- und Aufbaudarlehen) gewährt. Weitere Leistungen wurden nach dem Flüchtlingshilfegesetz und dem Reparations-schadengesetz erbracht. Die Leistungsgewährung beschränkte sich auf das frühere Bundesgebiet; infolge Fristablaufs ist heute eine Leistungsgewährung nicht mehr möglich.

Pensionen: Ruhegehälter sowie Witwen/Witwer- und Waisengelder, die von Gebietskörperschaften, ihren Wirtschaftsunternehmen und von sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften aufgrund von beamtenrechtlichen Vorschriften gezahlt werden.

Pflegeversicherung: Träger der sozialen Pflegeversicherung sind die Pflegekassen. Der versicherte Personenkreis der sozialen Pflegeversicherung umfasst die in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten (Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder, Familienversicherte). Leistungsberechtigt sind Personen, die wegen einer Krankheit oder einer Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem Maße der Hilfe bedürfen. Die pflegebedürftigen Menschen werden nach dem Umfang des Hilfebedarfs in drei Pflege-stufen unterteilt. Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich danach, ob ambu-lante, teilstationäre oder stationäre Pflege erforderlich ist. Bei teilstationärer und stationärer Pflege gewähren die sozialen Pflegekassen Pflegesachleistungen, bei ambulanter Pflege hat der Pflegebedürftige die Wahl zwischen Pflegesachleistungen (Einsätze zu-gelassener ambulanter Dienste), dem Pflegegeld oder der anteiligen Kombination beider Leistungsarten. Für die häuslichen Pflegepersonen werden unter gewissen Voraussetzungen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet. Die Leistungen für die ambulante Pflege gibt es seit 1.4.1995, für stationäre Pflege seit 1.7.1996; sie werden überwiegend durch Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber je zur Hälfte (außer Sachsen) finanziert. Die Belastung der Arbeitskosten wird für die Arbeitgeber durch den Wegfall eines Feiertages (außer Sachsen) kompensiert.

Seit April 2002 wurde mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz die Situation pflegebedürftiger Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf verbessert und Initiativen zum Aufbau von so genannten niedrighschwelligem Betreuungsangeboten insbesondere für die Betreuung zu Hause versorger dementer Menschen angestoßen.

Grundsätzlich müssen seit Inkrafttreten des Kinderberücksichtigungsgesetzes alle kinderlosen Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung seit dem 1.1.2005 zusätzlich zu dem »normalen« Beitragssatz von 1,7 Prozent einen Beitragszuschlag von 0,25 Beitragsatzpunkten bezahlen. Ausgenommen sind nur kinderlose Mitglieder, die vor dem 1.1.1940 geboren sind, Mitglieder bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres sowie Bezieher von Arbeitslosengeld II und Wehr- und Zivildienstleistende.

Private Altersvorsorge: Seit 2002 besteht für alle Pflichtmitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte, sowie für Beamte und Empfänger von Amtsbezügen die Möglichkeit einer staatlichen Förderung für eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge zur Ergänzung der gesetzlichen Rente. Die Förderung erfolgt über Zulagen und zusätzlichen Sonderausgabenabzug. Der Aufbau einer solchen Eigenvorsorge ist freiwillig, der Mindesteigenbeitrag steigt von 1 % in 2002/2003 (über 2 % in 2004/2005 und 3 % in 2006/2007) bis zum Jahr 2008 auf maximal 4 % des in der Rentenversicherung beitragspflichtigen Vorjahreseinkommens bzw. der bezogenen Besoldung oder Amtsbezüge des Vorjahres, begrenzt auf die für den Sonderausgabenabzug zu berücksichtigenden Höchstbeträge.

Schwerbehinderte Menschen: Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind schwerbehindert, wenn ihnen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 oder mehr zuerkannt worden ist. Bei mehreren Behinderungen wird der GdB nach den Auswirkungen der Behinderungen in ihrer Gesamtheit unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen festgestellt. Auf Antrag stellen die Versorgungsämter für diese Personen einen Ausweis über die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch aus. Der Ausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Leistungen und sonstigen Hilfen, die schwerbehinderten Menschen nach dem Neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX), z. B. unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentli-

chen Personenverkehr, oder nach anderen Gesetzen zustehen (z. B. Einkommensteuer-, Kraftfahrzeugsteuergesetz).

Sonstige Arbeitgeberleistungen: Vermögenswirksame Leistungen der Arbeitgeber nach dem Vermögensbildungsgesetz und dem § 19a EStG, Leistungen der Betriebe bei Krankheit, der Wohnungsfürsorge, freiwillige Familienzuschläge, Vorruhestandsleistungen der Betriebe.

Sonstige Entschädigungen: Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz für Wehr- und Zivildienstleistende und ihre Angehörigen, ferner einmalige Unterstützungen und Eingliederungshilfen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz (auch an Aussiedler/-innen) und dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz.

Soziale Entschädigung: Leistungen der **Kriegsopferversorgung** nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und für Berechtigte nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen (Angehörige von Kriegsgefangenen sowie ehemalige politische Häftlinge und durch sonstige Verfolgungsmaßnahmen des SED-Regimes gesundheitlich Geschädigte, Wehr- und Zivildienstbeschädigte und deren Hinterbliebene, Opfer von Gewalttaten sowie Impfgeschädigte). Zu den Versorgungsleistungen gehören insbesondere Heil- und Krankenbehandlung, Beschädigtenrente und Pflegezulage, Berufschadensausgleich, Hinterbliebenenrente (Witwen/Witwer-, Waisen- und Elterrente), Bestattungsgeld sowie Kapital- und Heiratsabfindung. Ergänzend hierzu tritt im Bedarfsfall die **Kriegsopferfürsorge** mit individuellen Hilfen ein: Maßnahmen zur Sicherung der Teilhabe am Arbeitsleben, Krankenhilfe, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, Erziehungsbeihilfe, ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, Erholungshilfe, Wohnungshilfe, Hilfen in besonderen Lebenslagen. Die für die Leistungsgewährung geltenden gesetzlichen Regelungen sind in den neuen Ländern und Berlin-Ost am 1.1.1991 in Kraft getreten. Ab dem Jahr 2000 erfolgt die Erhebung alle zwei Jahre.

Sozialhilfe: Die Sozialhilfe schützt als letztes »Auffangnetz« vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung. Sie soll den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII »Sozialhilfe«) Leistungen für diejenigen Personen und Haushalte, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und auch keine (ausreichenden) Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben. Auch die zum 1.1.2005 eingeführte »Grundsicherung für Arbeitsuchende« nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ist ein solches vorgelagertes System und gehört somit *nicht* zur Sozialhilfe.

Mit Einführung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (»Hartz IV«) zum 1.1.2005 ergaben sich für die amtliche Sozialhilfestatistik weit reichende Änderungen. Seither erhalten bisherige Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne, d. h. Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, die grundsätzlich erwerbsfähig sind, sowie deren Familienangehörige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Folglich wurde der überwiegende Teil der Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne (d. h. Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII »Sozialhilfe« erhalten seit dem 1.1.2005 lediglich noch *nicht erwerbsfähige* Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln (z. B. Vermögen) oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören z. B. vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentner/-innen mit niedriger Rente.

Im Rahmen des SGB XII »Sozialhilfe« werden im Einzelnen folgende Leistungen unterschieden:

3. Kapitel SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27–40),
4. Kapitel SGB XII: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41–46),
5. Kapitel SGB XII: Hilfen zur Gesundheit (§§ 47–52),
6. Kapitel SGB XII: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53–60),
7. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Pflege (§§ 61–66),
8. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67–69),
9. Kapitel SGB XII: Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70–74).

Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte erhalten seit dem 1.11.1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Aus diesem Grund sind die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik ab 1994 nur noch eingeschränkt mit der vorherigen Statistik vergleichbar.

Steuerliche Maßnahmen: Hierzu gehören u. a. Freibeträge im Rahmen der Einkommen- und Vermögensteuer, z. B. für Ehegatten, Berufsausbildung, Alter und außergewöhnliche Belastungen; ferner steuerliche Maßnahmen im Bereich der Förderung des Wohnens und der Vermögensbildung (z. B. steuerbegünstigtes Bausparen, Grundsteuerermäßigung und erhöhte Absetzungen für Wohngebäude), für Körperbehinderte und für Flüchtlinge sowie Entlastungen aus dem Splittingverfahren bei der Einkommensbesteuerung. Enthalten ist zudem auch die steuerliche Förderung von Zukunftssicherungsleistungen und von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit.

Versorgungswerke: Basierend auf der berufsständischen Selbstverwaltung in öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Zwangsmitgliedschaft (Kammerverfassung) wurden aufgrund von Landesgesetzen für bestimmte freie Berufe Versicherungs- und Versorgungswerke zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung errichtet. Einbezogen sind insbesondere Ärzte/Ärztinnen, Zahnärzte/Zahnärztinnen, Tierärzte/Tierärztinnen, Apotheker/-innen, Rechtsanwälte/-anwältinnen und Notare/Notarinnen, Wirtschaftsprüfer/-innen und Steuerberater/-innen, Architekten/Architektinnen sowie Schornsteinfeger/-innen.

Wiedergutmachung: Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und anderen gesetzlichen und außergesetzlichen Wiedergutmachungsregelungen zum Ausgleich von Schäden durch nationalsozialistische Verfolgung, insbesondere Schäden an Leben, Gesundheit, Freiheit oder im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost sind darüber hinaus auch Entschädigungsleistungen nach dem 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und dem Vertriebenenunterstützungsgesetz enthalten.

Das **Wohngeld** ist ein von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten gewährt, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieter oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet.

Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Ein Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall vom Wohngeldempfänger getragen werden.

Aufgrund der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Änderungen im Sozialrecht (»Hartz IV«) hat sich im Berichtsjahr 2005 der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduziert. Ab diesem Zeitpunkt entfällt für Empfänger/-innen bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sowie für Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft der Wohngeldanspruch. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, so dass sich dadurch für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Hinzu kommt, dass der besondere Mietzuschuss als besondere Form der Wohngeldgewährung an Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge entfiel. Neben diesen reinen Wohngeldhaushalten gibt es seit 2005 auch eine Anzahl von wohngeldrechtlichen Teilhaushalten in Mischhaushalten. Dabei handelt es sich um Haushalte, in denen der Antragsteller Empfänger von Transferleistungen und damit nicht selbst wohngeldberechtigt ist, aber mindestens einer der übrigen Mitbewohner, oder um Haushalte, in denen der Antragsteller selbst wohngeldberechtigt ist, in dessen Gesamthaushalt aber auch Transferleistungsempfänger/-innen leben.

Zusatzversorgung: Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte öffentlicher Arbeitgeber, die z. B. bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, der Bahnversicherungsanstalt (ab dem 1.10.2005 Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See), der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost oder bei kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungseinrichtungen versichert sind.

8 Sozialleistungen
8.1 Sozialbudget nach Institutionen *)

Jahr	Leistungen 1)						Finanzierung 1)								
	insgesamt	Einkommensleistungen	Barerstattungen	Waren- und Dienstleistungen	Allgem. Dienste und Leistungen 2)	Verrechnungen	insgesamt	Beiträge der				Zuweisungen aus		sonstige Einnahmen	Verrechnungen
								Versicherten		Arbeitgeber		öffentlichen Mitteln	nicht-öffentlichen Mitteln		
								Arbeitnehmer und Selbstständige	sonstige Personen 3)	tatsächliche	unterstellte				
Mill. EUR															
Sozialleistungen insgesamt 4)															
2004	693 423	462 485	39 255	158 755	32 926	-	714 333	156 505	28 860	172 037	71 947	272 524	3 033	9 428	-
2005	695 656	456 993	46 130	163 841	28 692	-	717 329	157 149	28 945	171 034	71 373	276 654	2 899	9 276	-
nachrichtlich: Sozialleistungen einschl. Beiträge des Staates 4)															
2004	731 315	462 485	77 147	158 755	32 926	-	752 225	156 505	66 752	172 037	71 947	272 524	3 033	9 428	-
2005	735 354	456 993	85 828	163 841	28 692	-	757 027	157 149	68 643	171 034	71 373	276 654	2 899	9 276	-
Direkte Leistungen															
Allgemeine Systeme															
Rentenversicherung der Arbeiter 5)															
2004	119 482	103 239	7 495	1 942	1 867	4 939	117 726	25 410	8 080	26 940	-	51 464	-	161	5 672
2005	118 759	102 938	6 998	1 923	1 841	5 060	119 445	25 241	8 738	26 668	-	49 692	-	144	8 962
Rentenversicherung der Angestellten 5)															
2004	118 529	100 246	7 093	1 536	1 661	7 993	115 326	43 963	5 124	45 123	-	20 215	-	691	211
2005	122 988	101 777	6 749	1 512	1 669	11 281	116 432	43 633	5 498	44 669	-	22 269	-	184	178
Knappschaftliche Rentenversicherung 5)															
2004	14 896	13 246	1 033	82	125	411	14 976	359	122	619	-	7 058	-	6	6 812
2005	14 893	13 329	959	85	137	383	14 905	319	117	549	-	6 959	-	8	6 953
Private Altersvorsorge															
2004	-	-	-	-	-	-	1 088	1 088	-	-	-	-	-	-	-
2005	-	-	-	-	-	-	1 756	1 756	-	-	-	-	-	-	-
Gesetzliche Krankenversicherung															
2004	139 092	5 677	1 883	122 555	7 995	982	143 442	45 927	47 694	46 391	-	2 202	50	573	603
2005	143 607	5 249	1 771	127 310	8 247	1 030	145 533	45 807	48 413	46 270	-	3 685	54	699	605
Pflegeversicherung															
2004	17 551	-	16 691	-	842	18	16 770	5 984	4 938	5 722	-	-	-	125	-
2005	17 825	-	16 945	-	862	18	17 465	6 263	5 118	5 989	-	-	-	95	-
Gesetzliche Unfallversicherung 6)															
2004	11 478	6 356	370	2 319	2 253	179	11 357	1 325	41	9 128	-	412	0	439	11
2005	11 454	6 295	371	2 347	2 262	179	11 325	1 316	42	9 037	-	417	0	507	6
Arbeitsförderung 7)															
2004	74 110	36 274	24 551	-	12 731	553	74 067	23 448	594	25 088	-	24 342	333	262	-
2005	88 179	41 129	37 521	-	9 058	472	90 884	23 327	536	24 827	-	41 695	304	196	-
Sondersysteme															
Alterssicherung der Landwirte															
2004	3 240	2 978	144	31	78	9	3 249	729	15	-	-	2 503	-	2	-
2005	3 177	2 937	129	28	72	10	3 176	695	14	-	-	2 464	-	2	-
Versorgungswerke															
2004	2 715	2 559	3	-	153	-	10 595	5 261	-	537	-	-	-	4 798	-
2005	2 951	2 792	3	-	155	-	11 068	5 587	-	570	-	-	-	4 910	-
Leistungssysteme des öffentlichen Dienstes															
Pensionen															
2004	35 553	35 076	235	-	242	-	35 624	70	-	-	12 472	21 408	459	7	1 207
2005	35 566	35 088	236	-	242	-	35 637	71	-	-	12 102	21 810	448	1	1 205
Familienzuschläge															
2004	6 984	6 919	-	-	64	-	6 984	-	-	-	-	5 615	912	-	457
2005	6 895	6 831	-	-	63	-	6 895	-	-	-	-	5 545	899	-	451
Beihilfen															
2004	9 993	4	9 889	-	99	-	9 993	-	-	-	9 658	76	29	-	230
2005	10 244	4	10 138	-	102	-	10 204	-	-	-	9 882	76	30	-	216
Leistungssysteme der Arbeitgeber															
Entgeltfortzahlung 8)															
2004	25 854	25 854	-	-	-	-	25 854	-	-	-	25 854	-	-	-	-
2005	25 401	25 401	-	-	-	-	25 401	-	-	-	25 401	-	-	-	-
Betriebliche Altersversorgung 8)															
2004	18 970	18 970	-	-	-	-	30 500	2 270	-	5 380	22 850	-	-	-	-
2005	18 870	18 870	-	-	-	-	30 960	2 820	-	5 390	22 750	-	-	-	-
Zusatzversorgung															
2004	9 055	8 718	54	-	283	-	10 864	670	145	7 109	-	572	6	2 362	-
2005	9 217	8 885	48	-	284	-	10 611	313	167	7 064	-	534	4	2 528	-
Sonstige Arbeitgeberleistungen 8)															
2004	2 441	2 046	395	-	-	-	2 441	-	-	-	1 113	86	1 242	-	-
2005	2 476	2 042	433	-	-	-	2 476	-	-	-	1 238	78	1 159	-	-
Entschädigungssysteme															
Soziale Entschädigung 9)															
2004	4 242	2 660	417	217	830	118	4 242	-	-	-	-	4 242	-	-	-
2005	3 877	2 399	424	156	752	146	3 877	-	-	-	-	3 877	-	-	-
Lastenausgleich															
2004	79	63	4	-	7	5	79	-	-	-	-	79	-	0	-
2005	72	56	2	-	7	7	72	-	-	-	-	72	-	0	-

Fußnoten siehe am Ende der Tabelle.

8 Sozialleistungen
8.1 Sozialbudget nach Institutionen *)

Jahr	Leistungen ¹⁾						Finanzierung ¹⁾								
	insgesamt	Einkommensleistungen	Barerstattungen	Waren- und Dienstleistungen	Allgem. Dienste und Leistungen ²⁾	Verrechnungen	insgesamt	Beiträge der				Zuweisungen aus		sonstige Einnahmen	Verrechnungen
								Versicherten		Arbeitgeber		öffentlichen Mitteln	nicht-öffentlichen Mitteln		
								Arbeitnehmer und Selbstständige	sonstige Personen ³⁾	tatsächliche	unterstellte				
Mill. EUR															
Entschädigungssysteme															
Wiedergutmachung															
2004	830	773	-	8	49	-	830	-	-	-	-	830	-	-	-
2005	773	720	-	8	45	-	773	-	-	-	-	773	-	-	-
Sonstige Entschädigungen															
2004	114	71	33	-	10	-	114	-	-	-	-	114	-	-	-
2005	99	61	28	-	10	-	99	-	-	-	-	99	-	-	-
Förder- und Fürsorgesysteme															
Sozialhilfe ⁹⁾ ¹⁰⁾															
2004	27 836	10 662	1 655	14 133	1 386	-	27 836	-	-	-	-	27 831	-	-	5
2005	19 716	2 271	1 722	14 765	957	-	19 716	-	-	-	-	19 709	-	-	7
Jugendhilfe ⁹⁾ ¹¹⁾															
2004	17 690	-	-	15 933	1 757	-	17 690	-	-	-	-	17 690	-	-	-
2005	17 445	-	-	15 707	1 738	-	17 445	-	-	-	-	17 445	-	-	-
Kindergeld															
2004	233	231	-	-	1	1	233	-	-	-	-	233	-	-	-
2005	325	323	-	-	1	1	325	-	-	-	-	325	-	-	-
Erziehungsgeld															
2004	3 354	3 348	-	-	6	-	3 354	-	-	-	-	3 354	-	-	-
2005	3 148	3 142	-	-	6	-	3 148	-	-	-	-	3 148	-	-	-
Ausbildungsförderung ¹²⁾															
2004	1 464	1 391	-	-	72	-	1 464	-	-	-	-	1 461	-	3	-
2005	1 449	1 377	-	-	72	-	1 449	-	-	-	-	1 446	-	3	-
Wohngeld															
2004	5 614	-	5 200	-	414	-	5 614	-	-	-	-	5 614	-	-	-
2005	1 461	-	1 352	-	109	-	1 461	-	-	-	-	1 461	-	-	-
Förderung der Vermögensbildung ⁹⁾															
2004	838	838	-	-	-	-	838	-	-	-	-	838	-	-	-
2005	763	763	-	-	-	-	763	-	-	-	-	763	-	-	-
Indirekte Leistungen															
Steuerliche Maßnahmen (ohne FLA) ⁹⁾ ¹³⁾															
2004	38 335	38 335	-	-	-	-	38 335	-	-	-	-	38 335	-	-	-
2005	36 361	36 361	-	-	-	-	36 361	-	-	-	-	36 361	-	-	-
Familienleistungsausgleich (FLA) ⁹⁾															
2004	35 950	35 950	-	-	-	-	35 950	-	-	-	-	35 950	-	-	-
2005	35 950	35 950	-	-	-	-	35 950	-	-	-	-	35 950	-	-	-

*) Berechnungsstand März 2007. – »Sozialleistungen insgesamt« nach Konsolidierung der Beiträge des Staates.

¹⁾ Konsolidiert.

²⁾ Leistungen allgemeiner Art, die nicht unmittelbar einer bestimmten begünstigten Person zugerechnet werden können. Sie sind in Zuschüsse, Maßnahmen und Innerer Dienst untergliedert.

³⁾ Einschl. Beiträgen, die Institutionen für ihre Leistungsempfänger/-innen zahlen.

⁴⁾ Bei der Summenbildung heben sich Zahlungen der Institutionen untereinander (Verrechnungen) auf.

⁵⁾ Rentenrückflüsse sowie Selbstbeteiligungen und Erstattungen sind jeweils auf der Einnahmen- und Ausgabenseite abgesetzt.

⁶⁾ Zuführungen zu bzw. Entnahmen aus Betriebsmitteln und Rücklagen sind abgesetzt.

⁷⁾ Ohne Darlehen, Grunderwerb sowie Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen.

⁸⁾ Ohne Verwaltungskosten.

⁹⁾ Ohne Erstattungen und Darlehen.

¹⁰⁾ Einschl. weiterer Leistungen der Sozialhilfeträger und sozialer Hilfen der Länder (z. B. Landesblinden- und -pflegegeld), Asylbewerberleistungsgesetz und Sozialzuschlägen der Rentenversicherung in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

¹¹⁾ Einschl. Leistungen des Bundes (z. B. nach dem Bundesjugendplan) und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, ohne Selbstbeteiligungen und Erstattungen.

¹²⁾ Ohne Darlehen.

¹³⁾ Enthalten sind auch die Beträge, die sich rein rechnerisch aus dem »Ehegatten-Splitting« des Einkommensteuerrechts ergeben.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.2 Gesetzliche Krankenversicherung
 8.2.1 Kassen und Mitglieder *)

Jahr Kassenart	Kassen ¹⁾	Mitglieder			Pflichtmitglieder ²⁾		Freiwillige Mitglieder		Rentner/-innen ³⁾	
		insgesamt	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	Anzahl	1 000								
2004	287	50 625	25 324	25 301	15 009	13 739	3 421	1 640	6 895	9 921
2005	270	50 408	25 221	25 187	14 927	13 762	3 343	1 474	6 951	9 951
2006	266	50 471	25 235	25 236	14 975 ⁴⁾	13 812	3 303	1 478	6 958	9 946
davon (2006):										
Ortskrankenkassen	17	18 149	9 158	8 991	5 601	4 139	598	327	2 959	4 525
Betriebskrankenkassen	210	9 985	5 435	4 550	3 539	3 057	800	277	1 096	1 216
Innungskrankenkassen	18	3 527	2 185	1 342	1 599	907	208	83	378	352
Landwirtschaftliche Krankenkassen	9	604	394	211	192	27	21	12	181	172
See-Krankenkasse	1	57	42	15	18	3	7	1	17	10
Knappschaft	1	1 153	629	524	188	55	31	9	409	460
Ersatzkassen für Arbeiter	3	1 156	708	448	483	325	91	27	134	96
Ersatzkassen für Angestellte	7	15 839	6 684	9 155	3 354	5 298	1 545	741	1 784	3 115

*) Durchschnitt errechnet aus 12 Monatswerten.

¹⁾ Ohne Erstreckungskassen.

²⁾ Einschl. Studierender, ohne Rentner/-innen.

³⁾ Bei den Landwirtschaftlichen Krankenkassen sind die Altenteiler und die sonstigen Versicherten enthalten.

⁴⁾ Einschl. Wehr-, Zivil-, Grenzschutz-Pflichtdienstleistender.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.2.2 Mitglieder nach Altersgruppen *)

Jahr Kassenart	Mitglieder ¹⁾	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						
		unter 15	15 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 und mehr
	1 000	%						
2004	33 660	0,1	10,6	21,6	29,3	23,9	12,6	1,9
2005	33 319	0,1	10,4	21,5	28,8	24,2	13,0	2,0
2006	33 356	0,1	10,2	21,3	28,1	24,8	13,5	2,1
davon (2006):								
Ortskrankenkassen	10 569	0,1	11,6	19,7	26,8	25,3	14,2	2,2
Betriebskrankenkassen	7 630	0,1	9,9	24,6	31,5	23,1	10,1	0,8
Innungskrankenkassen	2 782	0,1	12,2	26,3	28,8	21,0	9,9	1,7
Landwirtschaftliche Krankenkassen	252	0,1	2,6	11,6	25,5	30,0	23,4	6,7
See-Krankenkasse	31	0,0	5,1	12,5	16,3	23,7	29,7	12,6
Knappschaft	283	0,0	5,2	9,5	26,3	35,7	18,9	4,4
Ersatzkassen für Arbeiter	929	0,1	10,3	20,2	30,8	26,1	11,6	0,9
Ersatzkassen für Angestellte	10 880	0,2	8,8	19,8	26,7	25,8	15,7	3,0

*) Stichtag 1.7.

¹⁾ Mitglieder der allgemeinen KV ohne Rentner/-innen.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.2.3 Einnahmen und Ausgaben

Jahr Kassenart	Einnahmen ¹⁾		Ausgaben ¹⁾							Bei- träge	Leis- tungen	
	ins- gesamt	dar. Beiträge	ins- gesamt	Verwal- tungs- kosten	Aufwen- dungen für Leis- tungen	darunter						sonstige Aus- gaben
						Behand- lung durch Ärzte/ Ärztinnen ²⁾	Kranken- haus- behand- lung	Arznei- mittel ³⁾	Kranken- geld			
	Mill. EUR											EUR
2003	140 770	137 499	145 095	8 206	136 223	31 253	45 296	37 412	6 973	666	3 158	2 058
2004	142 460	138 300	140 178	8 114	131 158	29 568	45 879	33 763	6 367	905	3 135	1 963
2005	143 828	138 336	143 809	8 155	134 846	30 590	47 182	36 076	5 868	808	3 165	2 010
davon (2005):												
Ortskrankenkassen	44 200	42 631	57 025	3 110	53 556	10 815	20 306	14 528	1 894	360	2 756	2 128
Betriebskrankenkassen	34 133	33 225	24 988	1 328	23 369	6 073	7 449	5 753	1 368	291	3 596	1 819
Innungskrankenkassen	8 627	8 317	7 931	516	7 340	1 624	2 548	1 896	480	75	2 805	1 796
Landwirtschaftliche Krankenkassen	2 140	932	2 107	112	1 982	403	759	553	2	13	2 670	2 199
See-Krankenkasse	161	159	175	8	167	32	64	45	12	0	3 692	2 531
Knappschaft	2 774	2 595	4 460	166	4 294	678	1 785	1 152	92	1	3 445	2 607
Ersatzkassen für Arbeiter	3 350	3 280	2 666	125	2 536	652	807	657	165	4	3 345	1 956
Ersatzkassen für Angestellte	48 443	47 199	44 456	2 791	41 601	10 314	13 464	11 491	1 855	65	3 331	2 065

¹⁾ Ohne Risikostrukturausgleich.

²⁾ Einschl. Zahnärzten/Zahnärztinnen.

³⁾ Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.2 Gesetzliche Krankenversicherung
 8.2.4 Leistungsfälle

Jahr Kassenart	Mitglieder (Pflichtmitglieder und freiwillige Mitglieder ohne Rentner/-innen und ohne Studierende)									
	Arbeitsunfähigkeitsfälle					Arbeitsunfähigkeitstage				
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1 000		je 100 Mitglieder		1 000		je 100 Mitglieder		je Arbeitsunfähigkeitsfall	
2003	18 323	16 090	98,6	103,9	252 371	213 360	1 358	1 378	13,8	13,3
2004	16 170	14 545	87,7	94,6	225 014	193 959	1 221	1 261	13,9	13,3
2005	15 487	14 015	84,7	91,7	206 709	180 025	1 131	1 177	13,4	12,9
davon (2005):										
Ortskrankenkassen	6 214	4 592	100,2	102,8	81 368	57 560	1 313	1 289	13,1	12,5
Betriebskrankenkassen	3 668	3 068	84,5	92,0	45 706	36 475	1 053	1 094	12,5	11,9
Innungskrankenkassen	1 593	795	88,2	80,3	22 611	9 904	1 251	1 000	14,2	12,5
Landwirtschaftliche Krankenkassen	30	8	14,0	21,8	303	112	142	288	10,1	13,2
See-Krankenkasse	12	3	46,7	64,8	300	53	1 168	1 122	25,0	17,3
Knappschaft	171	55	78,0	86,1	3 309	849	1 510	1 325	19,4	15,4
Ersatzkassen für Arbeiter	503	310	87,6	87,8	6 529	3 601	1 137	1 021	13,0	11,6
Ersatzkassen für Angestellte	3 296	5 183	67,3	85,8	46 584	71 472	951	1 183	14,1	13,8

Jahr Kassenart	Mitglieder (Pflichtmitglieder einschl. Rentner/-innen und Studierender sowie freiwillige Mitglieder)									
	Krankenhausfälle		Krankenhaustage				Mutterschaftshilfefälle		Sterbegeldfälle	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	mit Familienangehörige			
	1 000		je Krankenhausfall		1 000	je 1 000 Mitglieder	1 000	je 1 000 Mitglieder		
2003	5 988	6 537	61 937	71 476	10,3	10,9	610	12,0	766	15,1
2004	5 835	6 303	59 821	68 567	10,3	10,9	434	8,6	58	1,1
2005	5 818	6 231	59 243	67 234	10,2	10,8	368	7,3	9	0,2
davon (2005):										
Ortskrankenkassen	2 486	2 636	26 649	29 911	10,7	11,3	91	5,0	0	0,0
Betriebskrankenkassen	926	831	8 880	8 378	9,6	10,1	110	10,8	0	0,0
Innungskrankenkassen	371	237	3 646	2 388	9,8	10,1	22	6,7	0	0,0
Landwirtschaftliche Krankenkassen	109	71	1 177	834	10,8	11,8	0	0,5	0	0,0
See-Krankenkasse	11	5	112	52	9,9	10,9	0	1,6	0	0,0
Knappschaft	254	232	2 749	2 738	10,8	11,8	0	0,0	9	7,6
Ersatzkassen für Arbeiter	124	73	1 152	687	9,3	9,5	10	9,7	0	0,0
Ersatzkassen für Angestellte	1 536	2 147	14 879	22 246	9,7	10,4	135	8,5	0	0,0

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.3 Gesetzliche Unfallversicherung

8.3.1 Versicherte, Rentenbestand, Schadensfälle und Ausgaben der Schülerunfallversicherung *)

Jahr	Versicherte	Renten am Jahresende			Anzeige auf Verdacht einer Berufskrankheit	Meldepflichtige Unfälle			Neue Unfallrenten		Tödliche Unfälle
		insgesamt	dar. an Verletzte und Erkrankte			insgesamt	Schul- und Kindergartenunfälle	Wegeunfälle	insgesamt	dar. Unfälle in Schulen, Hochschulen und Kindergärten	
		Anzahl									
2003	17 444	15 090	14 993	120	1 501 559	1 361 305	140 254	1 776	1 276	134	
2004	17 416	15 340	15 241	106	1 456 576	1 328 808	127 768	1 747	1 288	85	
2005	17 374	15 697	15 601	157	1 415 432	1 290 782	124 650	1 678	1 209	81	

Jahr	insgesamt	Ausgaben				
		davon				
		Renten, Beihilfen, Abfindungen	Heilbehandlung ¹⁾	berufsfördernde Leistungen	Verfahrenskosten ²⁾	sonstige Leistungen
1 000 EUR						
2003	391 482	75 872	296 453	15 784	2 625	748
2004	408 128	77 494	310 989	16 068	2 792	785
2005	412 588	79 513	314 741	15 035	2 701	596

*) Unfallversicherung für Schüler/-innen und Studierende sowie für Kinder in Kindergärten.

¹⁾ Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltpflege, Zahnersatz, Übergangsgeld und sonstige Heilbehandlungskosten.

²⁾ Leistungen zur Rechtsverfolgung, Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigungen, Vergütung für Auszahlungen der Renten und für Beitragsinzug.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.3 Gesetzliche Unfallversicherung
 8.3.2 Versicherte und Rentenbestand *)

Jahr Träger	Versicherte	Vollarbeiter ¹⁾	Rentenbestand am Jahresende				
			insgesamt	Renten an Verletzte und Erkrankte	Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten	Renten an sonstige Berechtigte
1 000							
2003	57 356	36 389	1 106 517	954 691	130 520	21 200	106
2004	57 803	36 894	1 093 122	943 596	128 934	20 495	97
2005	57 761	36 282	1 077 241	930 113	127 112	19 927	89
davon (2005):							
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	42 532	29 445	827 845	705 617	105 699	16 455	74
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3 682	1 867	152 474	139 485	11 240	1 743	6
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ²⁾	11 546	4 970	96 922	85 011	10 173	1 729	9

*) Ohne Schülerunfallversicherung.

¹⁾ Errechnet aufgrund der durchschnittlich im Jahr geleisteten Arbeitstage oder Arbeitsstunden.

²⁾ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.3.3 Schadensfälle und Entschädigungen *)

Jahr Träger	Berufskrankheit	Meldepflichtige Unfälle			Neue Unfallrenten			Tödliche Unfälle
		insgesamt	davon		insgesamt	Arbeitsunfälle	Wegeunfälle ¹⁾	
			Arbeitsunfälle	Wegeunfälle ¹⁾				
1 000		Anzahl						
2003	65	1 346	1 143	203	34 705	26 817	7 888	1 724
2004	64	1 280	1 089	191	32 368	24 954	7 414	1 524
2005	63	1 217	1 030	188	31 010	23 886	7 124	1 435
davon (2005):								
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	54	953	802	152	23 513	17 414	6 099	1 084
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3	100	98	3	4 772	4 649	123	227
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ²⁾	6	164	130	34	2 725	1 823	902	124

*) Ohne Schülerunfallversicherung.

¹⁾ Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte.

²⁾ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.3.4 Einnahmen, Ausgaben und Vermögen *)

Jahr Träger	Einnahmen		Ausgaben								Vermögen ³⁾
	insgesamt	dar. Beiträge	insgesamt	Verwaltungs- und Verfahrenskosten	Aufwendungen für Leistungen	darunter				sonstige Ausgaben ²⁾	
						Renten	Heilbehandlung ¹⁾	Verletzten-geld	Unfallverhütung		
Mill. EUR											
2003	15 221	13 002	15 124	1 440	10 009	5 840	2 566	583	854	3 675	18 107
2004	14 542	12 657	14 556	1 382	9 947	5 816	2 569	537	862	3 227	18 017
2005	14 447	12 195	14 390	1 380	9 848	5 770	2 553	515	864	3 162	17 840
davon (2005):											
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	12 227	10 416	12 176	1 087	8 206	4 836	2 063	444	733	2 883	15 403
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	1 036	912	1 036	117	769	421	260	30	52	150	1 661
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ⁴⁾	1 184	866	1 179	176	873	514	229	41	80	129	776

*) Ohne Schülerunfallversicherung.

¹⁾ Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltspflege, Zahnersatz und sonstige Heilbehandlungskosten.

²⁾ Vermögensaufwendungen, rechnungsmäßiges Defizit der eigenen Unternehmen, Beitragsausfälle

aus der Umlage des Vorjahres, sonstige Aufwendungen.

³⁾ Bestand am Jahresende.

⁴⁾ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn - Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.1 Rentenanträge der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung 2006

Versicherungszweig	Ein- gegangene Anträge	Erledigte Anträge								Unerledigte Anträge am Jahresende
		insgesamt	bewilligt					abgelehnt	auf andere Weise erledigt	
			zusammen ¹⁾	Versicherten- renten	Erziehungs- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten			
1 000										
Allgemeine Rentenversicherung	1 652	1 664	1 339	970	2	303	64	218	106	197
Knappschaftliche Rentenversicherung	141	143	124	74	0	43	6	17	2	15
Insgesamt	1 793	1 807	1 463	1 044	2	346	70	236	109	212

¹⁾ Einschl. Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.2 Zugänge an Versichertenrenten 2005 nach dem Alter bei Rentenbeginn *)

Alter bei Rentenbeginn von ... bis unter ... Jahren	Allgemeine Rentenversicherung					Knapp- schaftliche Rentenver- sicherung insgesamt ¹⁾
	Versichertenrenten			darunter Renten wegen		
	Männer	Frauen	insgesamt	teilweiser Erwerbs- minderung	voller Erwerbs- minderung	
1 000						
unter 30	2	2	4	0	4	0
30 – 40	8	8	16	1	15	0
40 – 50	22	21	43	5	37	2
50 – 60	46	37	84	18	66	3
60 – 63	130	165	296	2	7	12
63 – 65	101	29	129	0	2	5
65 und mehr	139	195	334	–	–	10
Insgesamt	448	457	905	27	131	32

*) Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.3 Rentenbestand der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung
 am 1.7.2006

Versicherungszweig	Ins- gesamt ¹⁾	Versichertenrenten							Renten wegen Todes				
		zu- sammen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Renten wegen Alters			zu- sammen	davon			
			zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		Witwen- renten	Witwer- renten	Waisen- renten	Erziehungs- renten
1 000													
Deutschland													
Allgemeine Rentenversicherung	23 433	17 995	1 569	825	744	16 426	6 990	9 436	5 438	4 586	462	379	11
Knappschaftliche Rentenversicherung	1 031	644	63	54	8	581	467	114	388	368	7	13	0
Insgesamt	24 465	18 639	1 632	879	753	17 007	7 456	9 550	5 826	4 954	469	392	11
Früheres Bundesgebiet													
Allgemeine Rentenversicherung	18 604	14 241	1 167	628	539	13 074	5 694	7 380	4 363	3 731	312	313	7
Knappschaftliche Rentenversicherung	707	420	38	36	3	382	340	42	286	275	3	9	0
Zusammen	19 311	14 661	1 206	664	542	13 456	6 034	7 422	4 650	4 006	314	322	7
Neue Länder und Berlin-Ost													
Allgemeine Rentenversicherung	4 829	3 754	402	197	206	3 352	1 296	2 056	1 075	855	151	66	3
Knappschaftliche Rentenversicherung	325	223	24	19	6	199	127	73	101	93	4	4	0
Zusammen	5 154	3 977	426	215	211	3 551	1 423	2 128	1 176	948	155	70	3

¹⁾ Ohne ruhende Renten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.4 Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge *)

Stichtag 1.7.	Allgemeine Rentenversicherung			Knappschaftliche Rentenversicherung ¹⁾		
	Versicherten- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten	Versicherten- renten	Witwen- und Witwerrenten	Waisen- renten
	EUR					
Früheres Bundesgebiet						
Insgesamt						
2004	688	513	161	1 266	768	190
2005	683	509	159	1 241	758	184
2006	680	507	158	1 225	752	183
Männer						
2004	951	209	.	1 330	317	.
2005	942	212	.	1 302	317	.
2006	936	213	.	1 286	314	.
Frauen						
2004	478	536	.	720	771	.
2005	476	533	.	713	762	.
2006	476	531	.	709	756	.
Neue Länder und Berlin-Ost						
Insgesamt						
2004	793	501	167	1 011	635	184
2005	789	500	164	1 004	632	181
2006	790	499	163	1 001	631	178
Männer						
2004	1 002	238	.	1 183	304	.
2005	990	243	.	1 165	305	.
2006	984	246	.	1 155	307	.
Frauen						
2004	658	543	.	704	648	.
2005	658	543	.	708	646	.
2006	661	544	.	714	645	.

*) Nach Abzug des Beitrags zur Krankenversicherung der Rentner/-innen und ab 1995 nach Abzug der Pflegeversicherungsbeiträge.

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.5 Laufende Renten der allgemeinen Rentenversicherung am 1.7.2006 nach Höhe und Art der Renten

Monatlicher Rentenzahlbetrag von ... bis unter ... EUR	Ins-gesamt	Versichertenrenten								Renten wegen Todes		
		zu-sammen	Männer	Frauen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renten wegen Alters			zu-sammen ¹⁾	darunter		
						zu-sammen	darunter			Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten	
							Regelaltersrenten	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit				Altersrenten für Frauen
1 000												
Früheres Bundesgebiet												
unter 50 ..	352	183	100	84	6	178	149	0	13	168	154	15
50 – 251 ..	3 900	2 901	551	2 350	58	2 843	2 650	9	114	1 000	709	290
251 – 501 ..	3 643	2 646	598	2 048	176	2 469	1 741	68	500	997	988	8
501 – 752 ..	4 173	2 728	785	1 943	418	2 310	1 022	184	850	1 444	1 441	0
752 – 1 002 ..	2 801	2 137	1 114	1 023	339	1 798	665	272	481	664	661	0
1 002 – 1 253 ..	1 947	1 864	1 524	340	134	1 730	538	438	171	84	83	–
1 253 und mehr ..	1 789	1 782	1 650	132	35	1 747	496	517	68	6	6	–
Insgesamt ...	18 604	14 241	6 322	7 919	1 167	13 074	7 262	1 488	2 197	4 363	4 043	313
Neue Länder und Berlin-Ost												
unter 50 ..	35	4	2	2	0	4	4	0	0	31	30	1
50 – 251 ..	267	98	21	77	29	69	61	0	4	168	106	62
251 – 501 ..	743	400	33	367	39	361	261	8	85	344	341	2
501 – 752 ..	1 844	1 417	220	1 197	218	1 199	498	92	551	427	426	0
752 – 1 002 ..	1 111	1 013	551	462	103	910	289	286	234	99	97	0
1 002 – 1 253 ..	538	532	408	124	12	520	181	200	67	6	6	–
1 253 und mehr ..	290	290	257	32	0	289	156	77	14	0	0	–
Insgesamt ...	4 829	3 754	1 493	2 261	402	3 352	1 449	664	955	1 075	1 006	66

¹⁾ Einschl. Erziehungsrenten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.6 Laufende Renten der knappschaftlichen Rentenversicherung am 1.7.2006 nach Höhe und Art der Renten

Monatlicher Rentenzahlbetrag von ... bis unter ... EUR	Ins-gesamt ¹⁾	Versichertenrenten								Renten wegen Todes			
		zu-sammen	Männer	Frauen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit		Renten wegen Alters			zu-sammen ²⁾	darunter		
					zu-sammen	dar. Renten an Bergleute	zu-sammen	darunter			Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten	
								Regelaltersrenten	Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit				Altersrenten für Frauen
1 000													
Früheres Bundesgebiet													
unter 50 ..	6	2	2	0	0	0	2	2	0	0	3	3	0
50 – 251 ..	44	21	15	5	4	3	17	16	0	0	24	16	8
251 – 501 ..	61	25	17	9	4	2	21	18	0	1	36	35	0
501 – 752 ..	114	35	23	12	5	0	29	19	4	3	79	79	0
752 – 1 002 ..	143	51	41	10	7	0	44	21	10	3	92	92	–
1 002 – 1 253 ..	116	76	72	5	9	–	68	27	17	1	40	40	–
1 253 und mehr ..	222	210	206	4	9	–	200	94	47	1	13	13	–
Insgesamt ...	707	420	376	44	38	6	382	197	78	10	286	277	9
Neue Länder und Berlin-Ost													
unter 50 ..	2	0	0	0	0	0	0	0	–	–	0	0	0
50 – 251 ..	18	7	3	4	4	4	3	3	0	0	11	8	4
251 – 501 ..	28	13	3	10	2	0	10	9	0	1	15	15	0
501 – 752 ..	86	40	10	31	6	0	35	20	4	9	46	46	0
752 – 1 002 ..	79	55	31	24	8	0	47	17	14	9	24	24	–
1 002 – 1 253 ..	55	51	45	7	3	–	48	17	20	3	4	4	–
1 253 und mehr ..	57	56	54	2	0	–	56	24	20	1	0	0	–
Insgesamt ...	325	223	145	78	24	5	199	90	59	23	101	97	4

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichleistungen.

²⁾ Einschl. Erziehungsrenten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.7 Rentenanpassung in der allgemeinen Rentenversicherung

Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten
	%		%		%		%
Früheres Bundesgebiet							
1.1.1959	6,1	1.1.1965	9,4	1.1.1971	5,5	1.7.1976	11,0
1.1.1960	5,94	1.1.1966	8,3	1.1.1972	6,3	1.7.1977	9,9
1.1.1961	5,4	1.1.1967	8,0	1.7.1972	9,5	1.1.1979	4,5
1.1.1962	5,0	1.1.1968	8,1	1.7.1973	11,35	1.1.1980	4,0
1.1.1963	6,6	1.1.1969	8,3	1.7.1974	11,2	1.1.1981	4,0
1.1.1964	8,2	1.1.1970	6,35	1.7.1975	11,1	1.1.1982	5,76

Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾	Stichtag der Rentenanpassung	Steigerungssatz für bereits laufende Renten ¹⁾
	%		%		%		%
Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
1.7.1983	5,59	1.7.1996	0,95	1.1.1991	15,0	1.7.1997	5,53
1.7.1984	3,4	1.7.1997	1,65	1.7.1991	15,0	1.7.1998	0,89
1.7.1985	3,0	1.7.1998	0,44	1.1.1992	11,65	1.7.1999	2,79
1.7.1986	2,9	1.7.1999	1,34	1.7.1992	12,73	1.7.2000	0,6
1.7.1987	3,8	1.7.2000	0,6	1.1.1993	6,1	1.7.2001	2,11
1.7.1988	3,0	1.7.2001	1,91	1.7.1993	14,12	1.7.2002	2,89
1.7.1989	3,0	1.7.2002	2,16	1.1.1994	3,64	1.7.2003	1,19
1.7.1990	3,1	1.7.2003	1,04	1.7.1994	3,45	1.7.2004 ²⁾	-
1.7.1991	4,7	1.7.2004 ²⁾	-	1.1.1995	2,78	1.7.2005 ²⁾	-
1.7.1992	2,87	1.7.2005 ²⁾	-	1.7.1995	2,48	1.7.2006 ²⁾	-
1.7.1993	4,36	1.7.2006 ²⁾	-	1.1.1996	4,38	1.7.2007	0,52
1.7.1994	3,39	1.7.2007	0,54	1.7.1996	1,21		
1.7.1995	0,5						

¹⁾ Vor Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge der Rentner/-innen.
²⁾ Keine Rentenanpassung.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.4.8 Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt und aktueller Rentenwert in der allgemeinen Rentenversicherung

Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt	Aktueller Rentenwert ¹⁾	Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt ²⁾	Aktueller Rentenwert ¹⁾	Jahr	Durchschnittl. Bruttojahresarbeitsentgelt ²⁾	Aktueller Rentenwert ¹⁾
	EUR	EUR		EUR	EUR		EUR	
Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost					
1991	22 712	21,19	1991	.	10,79	2003	.	22,97
1992	23 939	21,80	1992	.	12,05 ⁵⁾	2004	.	22,97
1993	24 633	22,75	1992	.	13,59	2005	.	22,97
1994	25 126	23,52	1993	.	14,41 ⁵⁾	2006	.	22,97
1995	25 905	23,64	1993	.	16,45	2007	.	23,09
1996	26 423	23,86	1994	.	17,05 ⁵⁾			
1997	26 660	24,26	1994	.	17,63			
1998	27 060	24,36	1995	.	18,13 ⁵⁾			
1999	27 358	24,69	1995	.	18,58			
2000	27 741	24,84	1996	.	19,39 ⁵⁾			
2001	28 231	25,31	1996	.	19,62			
		25,31406 ³⁾	1997	.	20,71			
2002	28 626	25,86	1998	.	20,90			
2003	28 938	26,13	1999	.	21,48			
2004	29 060	26,13	2000	.	21,61			
2005	29 202	26,13	2001	.	22,06			
2006	29 304 ⁴⁾	26,13	2001	.	22,06224 ³⁾			
2007	29 488 ⁴⁾	26,27	2002	.	22,70			

¹⁾ Jeweils 1.7.
²⁾ Das bei dem früheren Bundesgebiet ausgewiesene Durchschnittsentgelt gilt auch für die neuen Länder und Berlin-Ost.
³⁾ Originalwert laut SGB VI § 255.
⁴⁾ Vorläufiges Durchschnittsentgelt i.S. des § 69 Abs. 2 Nr. 2 SGB VI.

⁵⁾ Jeweils 1.1.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn
 Umrechnungen in Euro bis 2000 durch das Statistische Bundesamt, Wiesbaden

8 Sozialeleistungen
 8.4 Gesetzliche Rentenversicherung
 8.4.9 Einnahmen, Ausgaben und Vermögen 2005

Versicherungszweig	Einnahmen					Ausgaben							Vermögen ³⁾
	insgesamt	Beiträge	Zahlungen aus öffentlichen Mitteln	Vermögenserträge	sonstige Einnahmen ¹⁾	insgesamt	Verwaltungs- und Ver-fahrenskosten	Aufwendungen für Leistungen	davon			sonstige Ausgaben ¹⁾	
									ausgezahlte Renten ²⁾	Leistungen zur Teilhabe	Aufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner		
Mill. EUR													
Insgesamt	251 373	168 954	66 980	142	15 297	255 266	3 820	235 501	216 383	4 754	14 364	15 945	7 362
davon:													
Allgemeine Rentenversicherung . . .	236 586	167 979	60 122	137	8 348	240 480	3 658	221 400	203 328	4 628	13 444	15 421	6 846
Knappschaftl. Rentenversicherung . .	14 787	974	6 858	5	6 949	14 786	162	14 100	13 055	126	920	524	516

¹⁾ Einschl. Zahlungen im Finanzverbund mit den anderen Rentenversicherungszweigen.

²⁾ Rentenleistungen an Versicherte, Witwen/Witwer (einschl. Witwen-/Witwerabfindungen sowie Zusatzleistungen) und Waisen.

³⁾ Bar- und Anlagevermögen am Jahresende (von Doppelzahlungen bereinigt).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.5 Zusatzversicherungen *)

Jahr	Versicherte	Rentenbestand		Einnahmen			Ausgaben					Vermögen ¹⁾	
		Ver-sichertenrenten	Hinterbliebenenrenten	insgesamt	darunter		insgesamt	Verwaltungs-kosten	Aufwendungen für Leistungen	darunter			Sonstige Ausgaben
					Beiträge	Vermögenserträge				Ver-sichertenrenten	Hinterbliebenenrenten		
Anzahl		Mill. EUR											
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder													
2004	1 848 926	843 109	200 805	4 820	4 255	479	4 394	64	4 031	3 536	453	299	10 848
2005	1 826 898	863 501	202 262	4 870	4 253	539	4 419	64	4 117	3 617	467	238	11 693
2006 ²⁾	1 807 891	879 335	202 967	4 958	4 351	543	4 487	70	4 165	3 663	477	252	12 389
seit 1.10.2005 Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (Zusatzversicherung)													
2004	54 977	85 602	54 701	654	138	1	651	11	630	454	176	10	91
2005	53 592	83 612	53 680	626	136	1	635	12	613	421	192	10	82
2006	51 916	81 346	52 350	630	132	1	633	12	612	440	172	9	83
Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost													
2004	494 111	13 693	5 316	34	0	31	82	-	80	57	20	3	521
2005	458 056	11 531	6 249	31	0	28	78	-	75	54	18	3	474
2006	454 552	11 739	4 937	24	0	21	78 ³⁾	-	67	47	17	3	420

*) Ohne Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen, Versorgungsanstalt Deutscher Kulturorchester, Versorgungsanstalt Deutscher Bühnen sowie ohne kommunale Zusatzversicherungseinrichtungen.

¹⁾ Bestand am Jahresende.

²⁾ Vorläufiges Ergebnis.

³⁾ Die Summe der einzelnen Ausgaben weicht von den Insgesamt Ausgaben ab. Ursache sind einmalige Effekte beim Übergang der Jahresrechnung der Versorgungsanstalt auf das HGB.

Quellen: Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe; Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Frankfurt am Main; Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost, Stuttgart

8.6 Alterssicherung der Landwirte

Jahr	Versicherte am Jahresende			Rentenempfänger/-innen am 30. Juni				Einnahmen ²⁾			Ausgaben ²⁾					
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter			insgesamt	darunter		insgesamt	darunter				
		Landwirte im Sinne des § 1 Abs. 2 ALG ¹⁾	Landwirte im Sinne des § 1 Abs. 3 ALG ¹⁾		Regelaltersrenten	Renten wegen verminderteter Erwerbsfähigkeit	Renten an Witwen und Witwer		Beiträge	Bundesmittel		Regelaltersrenten	Renten wegen verminderteter Erwerbsfähigkeit	Renten an Witwen und Witwer	Beitragszuschüsse, -übernahmen	Verwaltungs- u. Ver-fahrenskosten
Anzahl				Mill. EUR												
2004	313 301	199 275	99 351	610 211	299 317	87 364	197 539	3 104	744	2 338	3 110	1 584	434	766	125	83
2005	301 493	192 573	95 072	617 587	311 361	79 620	195 711	3 074	709	2 345	3 082	1 601	396	759	117	81
2006	291 477	186 790	91 431	624 976	319 632	75 409	194 642	3 046	686	2 340	3 046	1 604	365	750	109	82

¹⁾ Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte.

²⁾ 2006 vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8 Sozialeleistungen
 8.7 Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung
 8.7.1 Pflegebedürftige 2005 *)

Gegenstand der Nachweisung	Pflegebedürftige		Pflegestufe			Bisher ohne Zuordnung	Anteil an Pflegebedürftigen insgesamt
	insgesamt	dar. weiblich	I	II	III ¹⁾		
	Anzahl	%	Anzahl			%	
Pflegebedürftige zu Hause versorgt	1 451 968	63,2	837 837	474 542	139 589	–	68,2
davon:							
allein durch Angehörige ²⁾	980 425	60,0	597 751	301 605	81 069	–	46,1
durch ambulante Pflegedienste	471 543	69,8	240 086	172 937	58 520	–	22,2
Pflegebedürftige in Heimen	676 582 ³⁾	77,0	231 106	293 551	141 104	10 821	31,8
Insgesamt . . .	2 128 550	67,6	1 068 943	768 093	280 693	10 821	100

*) Stand zum Jahresende.

¹⁾ Einschl. Härtefälle.

²⁾ Entspricht den Empfängern/-innen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI. Empfänger/

-innen von Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

³⁾ Davon erhalten 644 165 vollstationäre Dauerpflege.

8.7.2 Pflegebedürftige 2005 nach dem Alter *)

Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Pflegebedürftige				Anteil an jeweiliger Bevölkerungsgruppe (Pflegequote)		
	davon		insgesamt	dar. weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	zu Hause versorgt	in Heimen					
Anzahl				%			
unter 15	61 446	241	61 687	25 674	0,5	0,6	0,5
15 – 60	210 471	30 941	241 412	112 053	0,5	0,5	0,5
60 – 65	56 632	17 576	74 208	34 582	1,6	1,7	1,5
65 – 70	103 356	34 462	137 818	66 597	2,6	2,8	2,4
70 – 75	138 530	46 424	184 954	100 601	4,9	4,9	4,9
75 – 80	209 311	83 716	293 027	187 638	9,6	8,5	10,3
80 – 85	284 413	153 227	437 640	332 670	20,3	15,8	22,3
85 – 90	199 420	134 321	333 741	269 199	36,3	26,9	39,7
90 – 95	145 405	127 995	273 400	230 659	60,8	43,6	65,6
95 und mehr	42 984	47 679	90 663	78 605	58,5	29,0	69,3
Insgesamt . . .	1 451 968	676 582	2 128 550	1 438 278	2,6	1,7	3,4

*) Stand zum Jahresende.

8.7.3 Zugelassene Pflegeheime

Jahr (Stichtag 15.12.)	Pflegeheime		Davon nach dem Träger des Heims			Verfügbare Plätze		Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Dauerpflege			Personal insgesamt	
	insgesamt	dar. Heime mit vollstationärer Dauerpflege ¹⁾	private	freigemeinnützige	öffentliche	insgesamt	dar. Plätze für vollstationäre Dauerpflege	Pflegesatz der Pflegeklasse				Unterkunft und Verpflegung
								I	II	III		
Anzahl								EUR pro Person und Tag			Anzahl	
1999	8 859	8 073	3 092	5 017	750	645 456	621 502	38	50	65	18	440 940
2001	9 165	8 331	3 286	5 130	749	674 292	648 543	39	52	66	19	475 368
2003	9 743	8 775	3 610	5 405	728	713 195	683 941	41	55	69	19	510 857
2005	10 424	9 414	3 974	5 748	702	757 186	726 448	42	56	70	19	546 397

¹⁾ Das Angebot der anderen Heime setzt sich aus Kurzzeit-, Tages- und/oder Nachtpflege zusammen.

8.7.4 Zugelassene ambulante Pflegedienste

Jahr (Stichtag 15.12.)	Pflegedienste insgesamt	Davon nach dem Träger des Dienstes			Darunter Pflegedienste, die auch andere Sozialleistungen anbieten	Und zwar ¹⁾			Personal insgesamt
		private	freigemeinnützige	öffentliche		häusliche Krankenpflege o. Haushaltshilfe (SGB V)	Hilfe zur Pflege (SGB XII)	sonstige ambulante Hilfeleistungen	
1999	10 820	5 504	5 103	213	10 633	10 389	6 979	5 350	183 782
2001	10 594	5 493	4 897	204	10 463	10 247	7 281	5 272	189 567
2003	10 619	5 849	4 587	183	10 501	10 284	7 487	5 219	200 897
2005	10 977	6 327	4 457	193	10 866	10 650	5 841	4 726	214 307

¹⁾ Mehrfachnennungen möglich.

8 Sozialeleistungen
 8.7 Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung
 8.7.5 Personal in Pflegeheimen 2005 *)

Berufsabschluss	Personal		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegeheim					
	insgesamt	dar. weiblich in %	Pflege und Betreuung	soziale Betreuung	Hauswirtschafts-bereich	haustechnischer Bereich	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
staatlich anerkannte/r Altenpfleger/-in	122 333	85	118 593	1 475	163	33	1 876	193
staatlich anerkannte/r Altenpflegehelfer/-in	16 527	91	16 175	204	95	4	35	14
Krankenschwester, Krankenpfleger	61 238	90	57 875	745	157	14	2 263	184
Krankenpflegehelfer/-in	18 563	90	18 149	206	150	6	38	14
Kinderkrankenschwester, Kinderkrankenpfleger	3 764	97	3 447	100	27	4	169	17
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	2 247	81	1 721	426	40	4	47	9
Heilerziehungspflegerhelfer/-in	450	76	337	86	6	12	3	6
Heilpädagogin, Heilpädagoge	355	86	123	174	10	3	41	4
Ergotherapeut/-in	4 784	90	1 161	3 432	25	1	23	142
sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 839	87	2 500	560	196	48	374	161
sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	6 655	78	1 009	4 287	86	9	1 193	71
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 416	97	1 275	78	49	-	7	7
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	106	97	71	11	19	-	3	2
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	1 633	67	549	176	20	4	815	69
sonstiger pflegerischer Beruf	34 172	92	32 876	547	637	15	57	40
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	1 493	94	146	20	1 299	9	15	4
sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	23 656	88	1 738	171	21 155	252	174	166
sonstiger Berufsabschluss	130 010	80	46 645	4 757	41 690	11 561	21 277	4 080
ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung	113 156	82	69 726	2 798	34 522	2 394	1 766	1 950
Insgesamt	546 397	85	374 116	20 253	100 346	14 373	30 176	7 133

*) Stichtag 15.12.2005.

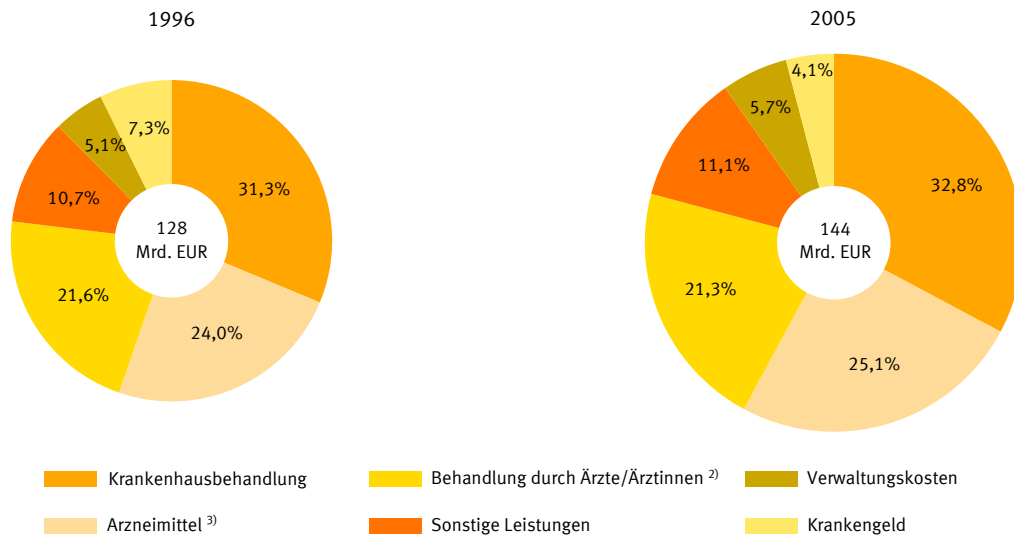
8.7.6 Personal in Pflegediensten 2005 *)

Berufsabschluss	Personal		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegedienst				
	insgesamt	dar. weiblich in %	Pflegedienstleitung	Grundpflege	Hauswirtschaftliche Versorgung	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
staatlich anerkannte/r Altenpfleger/-in	36 484	88	2 418	32 252	271	584	959
staatlich anerkannte/r Altenpflegehelfer/-in	5 010	92	73	4 386	405	43	103
Krankenschwester, Krankenpfleger	71 425	89	9 793	56 061	623	1 892	3 056
Krankenpflegehelfer/-in	8 698	91	37	7 819	641	93	108
Kinderkrankenschwester, Kinderkrankenpfleger	6 309	98	827	4 634	84	142	622
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	729	83	18	593	68	17	33
Heilerziehungspflegerhelfer/-in	190	68	2	122	35	1	30
Heilpädagogin, Heilpädagoge	97	88	9	56	9	8	15
Ergotherapeut/-in	229	89	7	129	18	13	62
sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 071	93	22	2 130	406	380	133
sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	1 485	81	72	445	149	388	431
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 819	98	7	1 332	402	13	65
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	130	99	-	51	70	4	5
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	658	70	300	112	17	179	50
sonstiger pflegerischer Beruf	18 925	94	45	15 348	3 148	162	222
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	872	99	5	268	567	16	16
sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	4 435	97	6	1 015	3 295	35	84
sonstiger Berufsabschluss	36 394	85	106	12 274	13 802	7 280	2 932
ohne Berufsabschluss/noch in Ausbildung	17 347	70	6	8 946	5 843	416	2 136
Insgesamt	214 307	88	13 753	147 973	29 853	11 666	11 062

*) Stichtag 15.12.2005.

8 Sozialleistungen

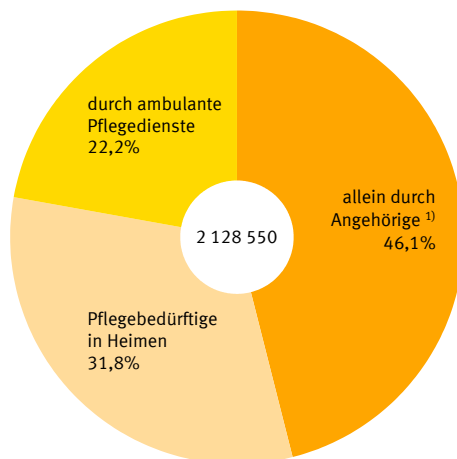
Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung ¹⁾



1) Ohne Ausgaben des Risikostrukturausgleichs.– 2) Einschl. Zahnärzten/Zahnärztinnen.– 3) Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz.

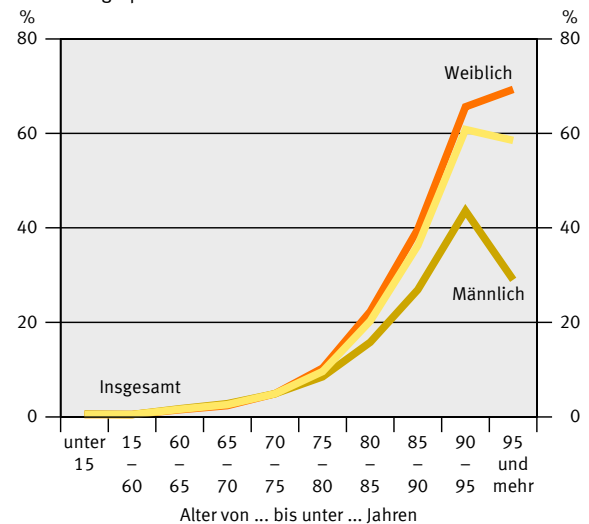
Pflegebedürftige im Rahmen der Pflegeversicherung 2005

Nach Versorgungsart



1) Entspricht den Empfängern/-innen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI. Empfänger/-innen von Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

Nach Pflegequote und Alter



8 Soziale Leistungen
8.8 Soziale Pflegeversicherung *)

Jahr	Ver-sicherte am 1.10.	Leistungsempfänger/-innen am Jahresende						Einnahmen ¹⁾		Ausgaben ¹⁾						Verwal-tungs- u. sonstige Ausgaben
		ins-gesamt	Pflegestufe			ambu-lant ²⁾	voll-stationär	ins-gesamt	dar. Beitrags-ein-nahmen	ins-gesamt	Leistungsausgaben					
			I	II	III (einschl. Härtefälle)						zu-sammen	Pflege-geld	Pflege-sach-leistung	voll-stationäre Pflege ³⁾	übrige Leistungs-ausgaben	
1 000							Mill. EUR									
2004	70 293	1 926	991	686	249	1 297	629	16 817	16 654	17 605	16 745	4 049	2 365	8 350	1 981	860
2005	70 586	1 952	1 011	688	253	1 310	642	17 526	17 385	17 891	17 002	4 050	2 409	8 516	2 027	889
2006	70 390	1 969	1 033	683	252	1 310	659	18 485	18 357	18 034	17 141	4 015	2 421	8 672	2 033	894

*) Ohne private Pflegeversicherung. ²⁾ Einschl. teilstationärer Pflege und Kurzzeitpflege.
¹⁾ 2006 vorläufiges Ist-Ergebnis ohne Berücksichtigung der zeitlichen Rechnungsabgrenzung. ³⁾ Ohne vollstationäre Pflege in Behindertenheimen.
 Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, Bonn

8.9 Arbeitsförderung und Grundsicherung für Arbeitsuchende
8.9.1 Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen

Jahresdurchschnitt	Arbeitsförderung nach SGB III									Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II					
	Arbeitslosengeld			Arbeitslosengeld bei Weiterbildung			Kurzarbeitergeld			Arbeitslosengeld II ¹⁾			Sozialgeld ¹⁾		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
1 000															
Deutschland															
2005	1 728	982	746	89	44	44	126	95	31	4 982	2 545	2 437	1 774	908	866
2006	1 445	800	645	61	30	30	67	51	16	5 392	2 717	2 675	1 955	1 002	953
Früheres Bundesgebiet ²⁾															
2005	1 208	677	531	60	30	30	101	78	23	3 186	1 605	1 579	1 255	642	613
2006	1 023	561	462	43	22	21	54	42	12	3 462	1 718	1 744	1 399	716	683
Neue Länder															
2005	521	306	215	28	14	14	25	17	8	1 796	938	858	519	266	253
2006	423	239	183	17	9	9	13	9	4	1 930	999	931	556	285	271

¹⁾ Hochgerechnete Zahlen für das Bundesgebiet. ²⁾ Ohne Angaben für Berlin.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8.9.2 Einnahmen und Ausgaben im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit

Jahr	Einnahmen		Ausgaben														
	ins-gesamt	dar. Beiträge	insgesamt	Leistungen der aktiven Arbeitsförderung				Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers, Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung sowie Aussteuerungsbetrag				sonstige Ausgaben zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesagentur einschl. Verwaltungsaufwendungen					
				zu-sammen	darunter			zu-sammen	davon			zu-sammen	davon				
					Unter-halts-geld	benach-teiligte Auszu-bildende	Arbeits-losengeld bei beruf-licher Weiter-bildung		Existenz-grün-dungs-zuschüsse	Arbeits-losengeld bei Arbeits-losigkeit/Erst. an ausl. Ver-sicherte	Insolvenz-geld		Aus-steuer-ungs-betrag	Erstat-tungen an die Renten- und Pflege-versi-cherung	Ein-zugs-stellen-ver-gütung	Ver-waltungs-ausgaben für SGB III	Ver-waltungs-ausgaben für SGB II ¹⁾
Mill. EUR																	
2004	50 315	47 211	54 490	18 721	2 176	1 100	-	981	30 673	29 072	1 423	-	178	5 096	566	4 530	-
2005	52 692	46 989	53 089	13 576	372	1 006	763	1 353	32 977	27 019	1 210	4 556	193	6 535	554	3 256	2 726
2006	55 384	51 176	44 169	11 121	83	808	714	1 027	27 218	22 899	836	3 282	200	5 831	488	3 252	2 090
davon (2006):																	
Früheres Bundesgebiet	.	47 575	33 515	7 811	38	366	537	636	21 181	17 033	665	3 282	200	4 522	489	2 515	1 519
Neue Länder und Berlin-Ost	3 602	10 654	3 310	44	442	177	391	6 036	5 866	171	0	0	1 308	-1	737	571

¹⁾ Ab 2005 erfolgt im Bundesagentur-Haushalt die gesonderte Buchung der SGB II-Verwaltungs-ausgaben.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8 Sozialeleistungen
8.10 Kindergeld *)

Jahr	Berechtigte ¹⁾			Kinder, für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde ¹⁾						Aus- gezählte Beträge
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt ²⁾	davon waren					
					1.	2.	3.	4.	5. und weitere	
					Kinder					
1 000									Mill. EUR	
2005	9 186	8 106	1 081	15 212	9 124	4 501	1 171	291	124	29 325
2006	9 206	8 106	1 099	15 234	9 153	4 504	1 166	289	123	29 787

*) Ohne Angaben für Bedienstete von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv.
1) Stand: Dezember.

2) In den Summen können sich Abweichungen durch Rundungen ergeben.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

8.11 Empfänger und Empfängerinnen von Erziehungsgeld 2005 *)

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt ¹⁾	Frauen ¹⁾	Männer ¹⁾	Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt ¹⁾	Frauen ¹⁾	Männer ¹⁾
Staatsangehörigkeit				Höhe des monatlichen Erziehungsgeldes in EUR (während der ersten sechs Lebensmonate)			
Deutsch	439 676	.	.	300	106 236	102 856	3 380
EU/EWR-Ausland	69 058	.	.	450	5 599	5 275	324
Sonstiges Ausland einschl. staatenlos	24 514	.	.	Höhe des monatlichen Erziehungsgeldes (nach dem sechsten Lebensmonat ^{5) 7)} von ... bis unter ... EUR			
Insgesamt	533 248	516 095	17 153	unter – 100	17 448	17 051	397
Wohnsitz/gewöhnlicher Aufenthaltsort				100 – 200	32 162	31 466	696
Deutschland	532 583	.	.	200 – 300	32 173	31 479	694
EU/EWR-Ausland	564	.	.	300	296 594	286 396	10 198
Sonstiges Ausland einschl. staatenlos	101	.	.	301 – 400	4 088	3 981	107
Familienstand				400 – 450	1 810	1 753	57
Verheiratet und zusammenlebend	358 453	345 636	12 817	450	37 138	35 838	1 300
In eingetragener Lebenspartnerschaft zusammenlebend	159	157	2	Empfänger/-innen von Erziehungsgeld (ab dem 13. Lebensmonat)			
Allein stehend	75 221	74 764	457	Zweitanzträge	355 786	343 132	12 654
Eheähnliche Gemeinschaft	99 415	95 538	3 877	Inanspruchnahme von Elternzeit ⁷⁾ mehr als ... bis zu ... Wochenstunden			
Anzahl der Kinder ^{2) 3)}				Abhängig Beschäftigte ^{8) 9)} (mit	13 064	12 001	1 063
1	277 201	267 360	9 841	bis zu 19	9 711	8 959	752
2	169 899	165 232	4 667	19 – 25	1 602	1 480	122
3	59 149	57 479	1 670	25 – 30	1 316	1 138	178
4 und mehr	26 999	26 024	975	mehr als 30 ⁹⁾	435	424	11
Beteiligung am Erwerbsleben (während des Erziehungsgeldbezugs) ^{4) 5)}				Dauer der Elternzeit ⁷⁾			
Abhängig beschäftigt	254 588	250 124	4 464	bis zum 12. Lebensmonat	47 922	46 797	1 125
mit Teilzeit	17 581	15 772	1 809	über den 12. Lebensmonat hinaus	199 622	197 189	2 433
ohne Teilzeit	237 007	234 352	2 655	Empfänger/-innen von Erziehungsgeld ⁷⁾			
Selbstständig	5 448	4 648	800	Insgesamt			
mit Teilzeit	4 833	4 100	733	254 588	7 044	247 544	243 986
ohne Teilzeit	615	548	67	Keine Elternzeit trotz Anspruch ¹⁰⁾	Zu-	Frauen	Männer
Nichterwerbstätig ⁶⁾	259 557	249 563	9 994	sammen			
Bezugsdauer des Erziehungsgeldes				Frauen			
nur bis einschl. 6. Lebensmonat	111 835	108 131	3 704	Männer			
über den 6. Lebensmonat hinaus	421 413	407 964	13 449	3 558			
Art des Erziehungsgeldbezugs				Elternzeitberechtigte Empfänger/-innen von Erziehungsgeld ⁷⁾			
Budget	64 730	62 538	2 192	Insgesamt			
Regelbetrag	468 518	453 557	14 961	254 588	7 044	247 544	243 986

*) Bewilligte Erstanträge nach dem 4. BErzGG (ab 1.1.2004). – Ohne Angaben aus Baden-Württemberg.
1) Bezogen auf die Antragstellung im ersten Lebensjahr des Kindes.
2) Ab dem 1. Lebensmonat.
3) Kinder, die dauernd im Haushalt leben.
4) Ab Erziehungsgeldbezug.
5) Einschl. Auszubildende und Beamte.

6) Einschl. Studenten, ohne Fälle von Entgeltersatzleistungen, z. B. Kranken- oder Verletztengeld.
7) Die Mutterschutzfrist wird hier nicht eingerechnet.
8) Ohne ruhendes Arbeitsverhältnis.
9) Härtefall/Berufsbildung.
10) Nur soweit Angaben aus den Ländern vorlagen.

8 Sozialeleistungen
 8.12 Kriegsoferversorgung
 8.12.1 Anerkannte Versorgungsberechtigte

Stichtag 1.1.	Insgesamt ¹⁾	Beschädigte			Witwen und Witwer	Halbwaisen	Vollwaisen	Elternteile	Elternpaare ⁴⁾
		zusammen	Leicht-beschädigte ²⁾	Schwer-beschädigte ²⁾					
	1 000								
2005	575	267	146	121	296	5	7	0	0
2006	520	243	133	110	265	4	7	0	0
2007	470	222	122	100	237	4	7	0	0

¹⁾ Personen mit Anspruch auf laufende Versorgungsbezüge (Renten, Beihilfen, Härteausgleich), einschl. der Fälle, in denen das Recht auf Versorgung ganz oder teilweise ruht.
²⁾ Beschädigte mit einem Grad der Behinderung bis unter 50.

³⁾ Beschädigte mit einem Grad der Behinderung von 50 und mehr.
⁴⁾ Zahl der Personen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.12.2 Ausgaben

Jahr	Ausgaben insgesamt ¹⁾	Verwaltung	Leistungen für Versorgungsberechtigte							nach anderen Gesetzen ²⁾
			zusammen	nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)						
				Renten an				Heilbehandlung	sonstiges	
				Beschädigte	Witwen	Waisen	Eltern			
Mill. EUR										
2003	3 543	294	3 249	1 201	1 515	34	1	370	14	114
2004	3 299	288	3 011	1 097	1 363	33	1	334	35	148
2005 ³⁾	3 027	282	2 746	998	1 220	32	1	309	38	148

¹⁾ Ohne Kriegsoferversorge.

²⁾ Häftlingshilfegesetz, Soldatenversorgungsgesetz, Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer und Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten.

³⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

8.13 Kriegsoferversorge *)

Jahr	Hilfeart nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)										
	insgesamt	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen	Krankenhilfe	Hilfe zur Pflege	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	Altenhilfe	Erziehungsbeihilfe	ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Erholungshilfe	Wohnungshilfe	Hilfe in besonderen Lebenslagen

Empfänger und Empfängerinnen laufender Leistungen am Jahresende¹⁾

2000	97 488	788	–	28 822	2 763	9 321	256	14 811	–	–	40 727
2002	84 911	769	–	28 333	2 272	7 588	172	9 928	–	–	35 849
2004	76 055	1 351	–	24 704	2 122	4 879	235	9 759	–	–	33 005

Empfänger und Empfängerinnen einmaliger Leistungen im Laufe des Jahres¹⁾

2000	124 730	527	2 039	2 302	219	62 058	176	23 976	28 295	656	4 482
2002	92 539	403	1 617	1 653	289	47 504	99	16 276	20 634	610	3 454
2004	68 743	258	1 426	1 522	347	35 452	122	12 181	13 698	622	3 115

Ausgaben in 1 000 EUR²⁾

2000	629 708	6 770	700	369 627	5 997	8 854	1 577	49 819	27 490	2 524	156 351
2002	591 132	6 837	626	342 096	5 098	7 875	788	36 415	21 232	2 358	167 805
2004	588 102	6 333	421	348 654	3 795	6 682	531	28 073	14 696	2 068	176 848

*) Leistungen für Berechtigte im In- und Ausland.

¹⁾ Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, wurden bei jeder Hilfeart gezählt.

²⁾ Den Ausgaben stehen 2000 Einnahmen in Höhe von 205 Mill. Euro, 2002 von 193 Mill. Euro und 2004 von 178 Mill. Euro gegenüber.

8 Sozialleistungen
 8.14 Sozialhilfe
 8.14.1 Empfänger und Empfängerinnen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren	Empfänger/Empfängerinnen			Deutsche			Nichtdeutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt									
1 000									
2003	2 833	1 267	1 566	2 213	976	1 236	620	291	329
2004	2 926	1 322	1 604	2 289	1 023	1 266	637	299	338
2005	273	133	140	256	125	131	17	9	9
außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2005									
1 000									
unter 15	14	7	7	12	6	6	2	1	1
15 – 65	59	29	30	51	25	25	9	4	5
65 und mehr	7	3	4	6	2	4	1	1	1
Zusammen ...	81	40	41	69	34	35	12	6	6
in Einrichtungen am 31.12.2005									
1 000									
unter 15	5	4	2	5	3	2	0	0	0
15 – 65	118	71	47	115	69	46	3	2	1
65 und mehr	69	19	50	68	19	49	2	1	1
Zusammen ...	192	94	98	187	91	96	5	3	2

8.14.2 Empfänger und Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren Ort der Hilfestellung	Empfänger/Empfängerinnen			Deutsche			Nichtdeutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Insgesamt									
1 000									
2003	439	174	265	375	147	228	64	27	37
2004	526	217	309	450	185	265	76	33	44
2005 ¹⁾	630	269	362	539	229	310	91	40	52
Grundsicherung bei Erwerbsminderung am 31.12.2005									
1 000									
18 – 65	287	159	129	268	149	120	19	10	9
davon:									
außerhalb von Einrichtungen	179	96	83	163	88	75	16	8	8
in Einrichtungen	108	63	46	105	61	44	3	2	1
Grundsicherung im Alter am 31.12.2005									
1 000									
65 und mehr	343	110	233	271	81	190	72	30	42
davon:									
außerhalb von Einrichtungen	283	93	190	213	64	149	70	29	41
in Einrichtungen	60	17	43	58	16	41	2	1	1
Anteil an der Bevölkerung in % ²⁾									
18 – 65	0,6	0,6	0,5	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4
65 und mehr	2,2	1,7	2,5	1,8	1,3	2,1	13,5	10,4	16,9
Zusammen ...	0,9	0,8	1,0	0,9	0,8	1,0	1,5	1,3	1,8

¹⁾ Einschl. hochgerechneter Strukturdaten für Bremen.

²⁾ Anteil an der entsprechenden Altersgruppe; Bevölkerungsstand am 31.12.2005.

8 Sozialeleistungen
8.14 Sozialhilfe

8.14.3 Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII) 2005

im Laufe des Jahres Hilfeart	Empfänger/Empfängerinnen			Außerhalb von Einrichtungen			In Einrichtungen		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	1000								
Insgesamt ^{1) 2)}	1 008	504	504	356	190	166	693	338	355
und zwar: ²⁾									
Hilfen zur Gesundheit (5. Kapitel SGB XII) ³⁾	63	32	31	52	26	26	13	7	6
nachrichtlich:									
Anspruchsberechtigte nach § 264 SGB V ⁴⁾	110	56	54	X	X	X	X	X	X
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII) ¹⁾	585	354	231	197	118	78	417	253	165
und zwar Leistungen:									
zur medizinischen Rehabilitation	19	12	6	13	8	4	6	4	2
zur Teilhabe am Arbeitsleben	7	4	3	2	1	1	5	3	2
in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen	212	125	88	X	X	X	212	125	88
zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	341	207	135	155	93	62	197	120	77
und zwar:									
Heilpädagogische Leistungen für Kinder	106	70	35	71	47	24	36	24	12
Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten	11	6	5	4	2	2	8	4	3
Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglich-									
keiten, und zwar in	204	120	84	62	35	27	143	86	57
einer eigenen Wohnung (ambulant betreut)	53	29	24	53	29	24	X	X	X
einer Wohngemeinschaft (ambulant betreut)	10	6	4	10	6	4	X	X	X
einer Wohn Einrichtung	143	86	57	X	X	X	143	86	57
Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben	63	35	28	17	9	8	47	27	20
Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung	52	33	20	14	9	5	39	24	15
Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII) ¹⁾	340	105	234	80	31	49	262	75	187
und zwar Pflegegeld:									
bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	21	8	13	21	8	13	X	X	X
bei schwerer Pflegebedürftigkeit	13	5	8	13	5	8	X	X	X
bei schwerster Pflegebedürftigkeit	6	3	3	6	3	3	X	X	X
angemessene Aufwendungen der Pflegeperson	9	3	6	9	3	6	X	X	X
angemessene Beihilfen	18	6	11	18	6	11	X	X	X
Kostenübernahme für Heranziehung einer bes. Pflegekraft	19	7	12	19	7	12	X	X	X
Hilfsmittel	12	5	7	12	5	7	X	X	X
Teilstationäre Pflege und Kurzzeitpflege	5	2	3	X	X	X	5	2	3
Vollstationäre Pflege	258	73	185	X	X	X	258	73	185
Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen (8. und 9. Kapitel SGB XII) ¹⁾	64	35	29	45	22	23	20	14	6

¹⁾ Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

²⁾ Ohne Angaben für Bremen. – Aufgrund von Software-Problemen konnte Bremen keine differenzierten Daten liefern. Allgemein liegen – insbesondere bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen – im Berichtsjahr 2005 nicht quantifizierbare Untererfassungen vor.

³⁾ Unmittelbar vom Sozialamt erbrachte Leistungen.

⁴⁾ Bei Bedarf Hilfen zur Gesundheit mittelbar über die Krankenkassen; diese Personen werden beim Ingesamt-Ergebnis nicht als Empfänger/-innen gezählt.

8.14.4 Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe

Jahr	Ausgaben (brutto)							Einnahmen	Reine Ausgaben (netto)	
	Insgesamt ¹⁾	davon							insgesamt	je Einwohner ³⁾
		Hilfe zum Lebensunterhalt	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ¹⁾	Hilfen zur Gesundheit ²⁾	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	Hilfe zur Pflege	Hilfen zur Überwindung bes. sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in sonstigen Lebenslagen			
Mill. EUR									EUR	
2003	25 590	9 817	1 446	1 487	10 930	3 005	352	3 021	22 569	273,50
2004	26 340	9 981	2 216	1 381	11 487	3 142	350	3 376	22 964	278,35
2005	19 949	1 163	2 864	1 095	11 288	3 152	386	2 369	17 579	213,18

¹⁾ In den Jahren 2003 und 2004 gehörte die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung noch nicht zur Sozialhilfe. Aufwendungen für diese Hilfeart sind in diesen Jahren somit nicht in den Ingesamt-Ausgaben der Sozialhilfe enthalten.

²⁾ Ab 2005 einschl. der Erstattungen an Krankenkassen für Leistungen nach §264 SGB V.

³⁾ Bevölkerungsstand: Durchschnitt des jeweiligen Jahres.

8 Sozialeleistungen
8.15 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
8.15.1 Empfänger und Empfängerinnen von Regelleistungen

Stichtag 31.12. Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männer	Frauen	Staats- angehörigkeit	Insgesamt		Männer	Frauen
	Anzahl	%	Anzahl			Anzahl	%	Anzahl	
2004	230 148	100	135 271	94 877	Europa	91932	43,5	47 401	44 531
2005 ¹⁾	211 122	100	122 699	88 423	darunter:				
davon (2005):					Serbien und Montenegro	58 205	27,6	29 055	29 150
unter 7	29 452	14,0	15 211	14 241	Türkei	15 560	7,4	9 035	6 525
7 – 11	17 642	8,4	9 200	8 442	Russische Föderation	7 719	3,7	4 020	3 699
11 – 15	17 364	8,2	8 962	8 402	Asien	80 467	38,1	49 842	30 625
15 – 18	12 699	6,0	7 059	5 640	Afrika	25 829	12,2	17 508	8 321
18 – 21	15 220	7,2	10 126	5 094	Amerika	393	0,2	202	191
21 – 25	17 118	8,1	11 637	5 481	Übrige Staaten, staatenlos	1 073	0,5	622	451
25 – 30	22 662	10,7	14 745	7 917	Unbekannt	11 428	5,4	7 124	4 304
30 – 40	41 414	19,6	24 927	16 487					
40 – 50	23 665	11,2	14 063	9 602					
50 – 60	8 229	3,9	4 477	3 752					
60 – 65	1 940	0,9	857	1 083					
65 und mehr	3 717	1,8	1 435	2 282					
Durchschnittsalter in Jahren	25,3	X	25,5	25,0					

8.15.2 Ausgaben und Einnahmen

Jahr Art der Unterbringung	Ausgaben (brutto)					Einnahmen	Reine Ausgaben (netto)	
	insgesamt	Regelleistungen			besondere Leistungen		insgesamt	je Einwohner ²⁾
		insgesamt	Grundleistungen	Hilfe zum Lebensunterhalt				
Mill. EUR							EUR	
2002	1 585	1 197	971	226	387	102	1 482	18,00
2003	1 440	1 056	842	214	384	88	1 352	16,39
2004	1 308	967	757	209	341	86	1 222	14,81
2005	1 252	915	691	224	337	28	1 223	14,83
davon (2005):								
Außerhalb von Einrichtungen	890	670	472	198	220	24	866	10,50
In Einrichtungen	362	245	219	27	117	5	357	4,33

¹⁾ Neben diesen Regelleistungen wurden zum Jahresende 2005 noch in 73 765 Fällen besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt) gewährt.

²⁾ Bevölkerungsstand: 2002 Vorjahresdurchschnitt, 2003 bis 2005 Jahresdurchschnitt.

8 Soziale Leistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.1 Institutionelle Beratung

Gegenstand der Nachweisung	Hilfen für junge Menschen		Und zwar								Durchschnittliche Dauer der Beratung in Monaten
	insgesamt	je 1 000 junge Menschen ¹⁾	Beratung/Therapie setzt an						Art des Trägers		
			bei den jungen Menschen	bei den Eltern	in der Familie	im sozialen Umfeld und außerdem bei den jungen Menschen, Eltern o.i.d. Familie	bei den jungen Menschen und außerdem bei den Eltern oder i.d. Familie	bei den Eltern und außerdem in der Familie	öffentliche Träger	freie Träger	
2004	304 972	12,9	32 012	115 167	36 782	20 752	83 032	17 227	128 298	176 674	7
2005	309 357	13,2	34 072	120 349	35 085	21 661	80 467	17 723	129 190	180 167	7
2005 nach dem Geschlecht											
Männlich	173 657	14,5	15 185	69 305	20 023	12 244	46 475	10 425	74 606	99 051	7
Weiblich	135 700	11,9	18 887	51 044	15 062	9 417	33 992	7 298	54 584	81 116	7
2005 nach dem Alter											
Alter von ... bis unter ... Jahren											
unter 3	14 980	7,1	577	9 550	1 688	889	1 064	1 212	6 512	8 468	6
3 – 6	44 865	19,8	1 474	23 924	4 251	3 942	8 319	2 955	18 936	25 929	7
6 – 9	64 879	27,0	2 341	27 334	6 700	4 632	20 004	3 868	28 030	36 849	7
9 – 12	59 595	25,0	2 875	21 568	7 140	3 744	20 703	3 565	25 707	33 888	8
12 – 15	54 245	20,8	4 371	18 299	7 643	3 643	16 734	3 555	23 450	30 795	7
15 – 18	43 660	15,0	8 938	13 332	5 819	3 016	10 500	2 055	17 925	25 735	6
18 – 21	16 005	5,6	6 968	4 126	1 261	1 073	2 192	385	5 514	10 491	6
21 – 24	6 211	2,1	3 604	1 281	329	381	539	77	1 754	4 457	7
24 – 27	4 917	1,7	2 924	935	254	341	412	51	1 362	3 555	7
2005 nach der Staatsangehörigkeit											
Deutsche	280 985	.	30 460	110 307	31 804	18 546	73 729	16 139	114 774	166 211	7
Nichtdeutsche ²⁾	22 777	.	2 960	7 461	2 832	2 474	5 719	1 331	11 617	11 160	7
Unbekannt	5 595	X	652	2 581	449	641	1 019	253	2 799	2 796	6
2005 nach der Geschwisterzahl											
Keine Geschwister	75 373	.	6 908	33 839	8 351	4 958	17 266	4 051	33 460	41 913	7
1 Geschwister	132 044	.	11 554	52 326	15 362	7 956	36 595	8 251	55 857	76 187	7
2 Geschwister	55 401	.	5 706	19 610	6 786	3 953	16 014	3 332	22 676	32 725	7
3 Geschwister und mehr	27 201	.	3 640	8 211	3 081	2 762	7 932	1 575	10 910	16 291	8
Unbekannt	19 338	X	6 264	6 363	1 505	2 032	2 660	514	6 287	13 051	5
Nachrichtlich:											
Früheres Bundesgebiet ²⁾	249 194	13,1	24 071	101 704	28 776	17 567	61 898	15 178	109 292	139 902	7
Neue Länder	42 558	12,1	7 431	10 329	4 781	3 283	15 228	1 506	8 402	34 156	7

¹⁾ Bevölkerungsstand; Jahresdurchschnitt.

²⁾ Einschl. Staatenloser.

³⁾ Ohne Angaben für Berlin.

8.16.2 Betreuung einzelner junger Menschen

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt ¹⁾			Unterstützung durch Erziehungsbeistand			Unterstützung durch Betreuungshelfer/-innen			Soziale Gruppenarbeit		
	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe	junge Menschen mit begonnener Hilfe	junge Menschen am 31.12.	junge Menschen mit beendeter Hilfe	junge Menschen mit begonnener Hilfe
2004	24 840	26 082	28 596	13 995	11 962	13 361	4 220	5 334	5 747	6 625	8 786	9 488
2005	25 847	26 033	28 192	14 684	11 952	13 241	4 342	5 322	5 608	6 821	8 759	9 343
2005 nach dem Geschlecht												
Männlich	17 147	18 030	19 355	9 273	7 233	7 925	3 083	3 919	4 070	4 791	6 878	7 340
Weiblich	8 700	8 003	8 837	5 411	4 719	5 316	1 259	1 403	1 538	2 030	1 881	2 003
2005 nach dem Alter												
Alter von ... bis unter ... Jahren												
unter 15	12 877	7 972	11 925	7 121	4 285	6 877	796	529	843	4 960	3 158	4 205
15 – 18	8 584	10 258	10 365	5 752	5 075	4 919	1 607	1 905	2 382	1 225	3 278	3 064
18 – 21	3 813	6 734	5 286	1 672	2 424	1 377	1 604	2 370	2 113	537	1 940	1 796
21 und mehr	573	1 069	616	139	168	68	335	518	270	99	383	278
2005 nach der Staatsangehörigkeit												
Deutsche	22 264	22 439	24 323	13 181	10 900	11 996	3 720	4 525	4 763	5 363	7 014	7 564
Nichtdeutsche ²⁾	3 583	3 594	3 869	1 503	1 052	1 245	622	797	845	1 458	1 745	1 779
2005 nach dem Träger der Betreuung												
Öffentliche Träger	10 492	9 699	10 328	6 279	4 749	5 397	1 783	2 042	1 992	2 430	2 908	2 939
Freie Träger	15 355	16 334	17 864	8 405	7 203	7 844	2 559	3 280	3 616	4 391	5 851	6 404
Nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ²⁾	20 605	20 413	22 337	11 565	8 902	10 087	3 458	4 432	4 648	5 582	7 079	7 602
Neue Länder	3 960	4 453	4 480	2 767	2 629	2 693	655	709	672	538	1 115	1 115

¹⁾ Junge Menschen, die Hilfe verschiedener Art erhalten haben, wurden bei jeder Hilfeart gezählt.

²⁾ Einschl. Staatenloser.

³⁾ Ohne Angaben für Berlin.

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.3 Sozialpädagogische Familienhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Familien am 31.12. mit andauernder Hilfe			Familien mit beendeter Hilfe				Familien mit begonnener Hilfe			
	insgesamt	betreut durch		insgesamt	betreut durch		durchschnittliche Dauer in Monaten	insgesamt	betreut durch		
		öffentliche	freie		öffentliche	freie			öffentliche	freie	
		Träger			Träger				Träger		
2004	27 413	11 646	15 767	17 774	7 495	10 279	16	20 760	8 974	11 786	
2005	29 978	11 710	18 268	18 324	7 114	11 210	16	21 976	8 704	13 272	
2005 nach der Bezugsperson und Zahl der ständig in der Familie lebenden Kinder/Jugendlichen											
Eltern mit ... Kind(ern)	9 801	3 969	5 832	5 658	2 280	3 378	16	7 164	2 943	4 221	
1	2 562	1 029	1 533	1 631	659	972	14	2 090	849	1 241	
2	3 094	1 255	1 839	1 179	478	701	17	1 557	645	912	
3 und mehr	4 145	1 685	2 460	2 166	871	1 295	19	2 757	1 123	1 634	
Elternteil mit Stiefeltern/Partner/-in mit ... Kind(ern)	4 892	1 839	3 053	3 106	1 141	1 965	16	3 622	1 418	2 204	
1	1 289	492	797	918	312	606	14	1 059	427	632	
2	1 685	622	1 063	1 098	421	677	15	1 301	504	797	
3 und mehr	1 918	725	1 193	1 090	408	682	18	1 944	487	775	
Allein erziehender Elternteil mit ... Kind(ern)	14 644	5 634	9 010	9 131	3 506	5 625	16	10 685	4 127	6 558	
1	5 396	1 988	2 972	3 839	1 435	2 404	15	4 313	1 569	2 744	
2	4 960	1 988	2 972	3 006	1 162	1 844	17	3 551	1 438	2 113	
3 und mehr	4 288	1 674	2 614	2 286	909	1 377	18	2 821	1 120	1 701	
Großeltern/Verwandte mit ... Kind(ern)	364	149	215	230	95	135	16	275	119	156	
1	208	85	123	137	53	84	16	172	73	99	
2	98	40	58	60	28	32	16	65	29	36	
3 und mehr	58	24	34	33	14	19	15	38	17	21	
Pflegefamilie mit ... Kind(ern)	277	119	158	199	92	107	15	230	97	133	
1	139	60	79	116	51	65	15	129	52	77	
2	67	29	38	44	22	22	18	46	20	26	
3 und mehr	71	30	41	39	19	20	13	55	25	30	
2005 nach der Staatsangehörigkeit											
Deutsche	25 915	9 966	15 949	16 057	6 179	9 878	16	19 056	7 479	11 577	
Nichtdeutsche ¹⁾	3 229	1 409	1 820	1 795	737	1 058	16	2 305	985	1 320	
Deutsche/Nichtdeutsche ¹⁾	834	335	499	472	198	274	17	615	240	375	

¹⁾ Einschl. Staatenloser.

8.16.4 Erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses

Gegenstand der Nachweisung	Hilfen		Erziehung in einer Tagesgruppe		Vollzeitpflege in einer anderen Familie			Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform			Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	
	insgesamt	je 10 000 junge Menschen	zusammen	dar. Unterbringung in einer Tagesgruppe in einer Einrichtung	zusammen	davon Unterbringung bei/in		zusammen	davon Unterbringung in			
						Großeltern/Verwandten	Pflegefamilie		einem Heim	einer Wohn-gemeinschaft		eigener Wohnung
Begonnene Hilfen 2005												
Männlich	25 234	21,1	5 788	5 526	5 117	756	4 361	13 478	11 414	1 585	479	851
unter 18 Jahren	24 172	32,1	5 788	5 526	5 067	744	4 323	12 620	10 954	1 366	300	697
18 Jahre und mehr	1 062	2,4	X	X	50	12	38	858	460	219	179	154
Deutsche	22 965	X	5 189	4 961	4 825	706	4 119	12 220	10 358	1 438	424	731
Nichtdeutsche	2 269	X	599	565	292	50	242	1 258	1 056	147	55	120
Weiblich	19 332	16,9	1 929	1 791	5 155	791	4 364	11 559	9 236	1 727	596	689
unter 18 Jahren	18 308	25,6	1 929	1 791	5 099	782	4 317	10 751	8 824	1 533	394	529
18 Jahre und mehr	1 024	2,4	X	X	56	9	47	808	412	194	202	160
Deutsche	17 664	X	1 762	1 635	4 842	741	4 101	10 449	8 345	1 575	529	611
Nichtdeutsche	1 668	X	167	156	313	50	263	1 110	891	152	67	78
Insgesamt	44 566	19,0	7 717	7 317	10 272	1 547	8 725	25 037	20 650	3 312	1 075	1 540
Beendete Hilfen 2005												
Männlich	23 823	19,9	5 216	4 969	4 474	808	3 666	13 259	10 677	1 474	1 108	874
unter 18 Jahren	18 469	24,5	5 184	4 940	3 516	559	2 957	9 282	8 194	842	246	487
18 Jahre und mehr	5 354	12,1	32	29	958	249	709	3 977	2 483	632	862	387
Deutsche	21 735	X	4 736	4 506	4 191	754	3 437	12 040	9 722	1 346	972	768
Nichtdeutsche	2 088	X	480	463	283	54	229	1 219	955	128	136	106
Weiblich	17 926	15,7	1 754	1 621	4 569	821	3 748	10 925	8 094	1 496	1 335	678
unter 18 Jahren	12 812	17,9	1 742	1 611	3 598	586	3 012	7 164	6 023	844	297	308
18 Jahre und mehr	5 114	11,9	12	10	971	235	736	3 761	2 071	652	1 032	370
Deutsche	16 391	X	1 636	1 510	4 263	761	3 502	9 885	7 340	1 373	1 172	607
Nichtdeutsche	1 535	X	118	111	306	60	246	1 040	754	123	163	71
Insgesamt	41 749	17,8	6 970	6 590	9 043	1 629	7 414	24 184	18 771	2 970	2 443	1 552

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.5 Erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses am 31.12.

Gegenstand der Nachweisung	Junge Menschen		Erziehung in einer Tagesgruppe		Vollzeitpflege in einer anderen Familie			Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform				Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
	insgesamt	je 10 000 junge Menschen	zusammen	dar. Unterbringung in einer Tagesgruppe in einer Einrichtung	zusammen	davon Unterbringung bei/in		zusammen	davon Unterbringung in			
						Großeltern/Verwandten	Pflegefamilie		einem Heim	einer Wohn-gemeinschaft	eigener Wohnung	
Junge Menschen am 31.12.2000												
Männlich	78 442	64,2	11 845	11 316	24 966	4 934	20 032	40 164	34 428	4 134	1 602	1 447
Weiblich	58 920	50,6	4 089	3 801	24 027	4 702	19 325	29 559	23 223	4 049	2 287	1 245
Insgesamt	137 342	57,6	15 934	15 117	48 993	9 636	39 357	69 723	57 651	8 183	3 889	2 692
nach dem Alter												
von ... bis unter ... Jahren												
unter 1	1 011	13,2	18	9	687	44	643	306	282	24	-	-
1 - 3	3 830	24,5	186	83	2 992	269	2 723	652	614	38	-	-
3 - 6	8 039	33,7	386	300	6 116	749	5 367	1 537	1 485	52	-	-
6 - 9	13 916	57,2	2 600	2 450	7 807	1 207	6 600	3 509	3 378	131	-	-
9 - 12	25 072	90,6	7 022	6 782	9 736	1 914	7 822	8 266	7 936	330	-	48
12 - 15	31 338	109,6	4 682	4 517	10 009	2 465	7 544	16 311	15 341	951	19	336
15 - 18	36 985	135,8	1 040	976	8 914	2 552	6 362	25 843	20 722	4 015	1 106	1 188
18 - 21	15 955	55,9	-	-	2 593	420	2 173	12 312	7 386	2 413	2 513	1 050
21 und mehr	1 196	2,2	-	-	139	16	123	987	507	229	251	70
nach der Staatsangehörigkeit												
Deutsche	127 596	-	14 612	13 838	46 620	9 184	37 436	63 988	53 090	7 485	3 413	2 376
Nichtdeutsche	9 746	-	1 322	1 279	2 373	452	1 921	5 735	4 561	698	476	316
Junge Menschen am 31.12.2005 ¹⁾												
Männlich												
Zusammen	74 906	62,5	12 516	11 870	25 616	4 140	21 476	35 388	31 460	3 030	898	1 386
nach dem Alter												
von ... bis unter ... Jahren												
unter 1	570	16,0	4	3	446	22	424	120	112	8	-	-
1 - 3	1 912	26,1	61	29	1 569	117	1 452	282	262	20	-	-
3 - 6	4 496	38,7	176	145	3 539	389	3 150	781	745	36	-	-
6 - 9	8 356	67,7	2 042	1 937	4 293	568	3 725	2 021	1 932	89	-	-
9 - 12	14 081	115,2	5 208	4 986	4 381	673	3 708	4 459	4 298	161	-	33
12 - 15	17 677	131,9	3 811	3 641	4 962	920	4 042	8 692	8 276	408	8	212
15 - 18	20 577	137,9	1 168	1 094	4 957	1 194	3 763	13 746	11 918	1 503	325	706
18 - 21	6 595	45,3	42	32	1 360	247	1 113	4 795	3 538	731	526	398
21 und mehr	642	2,2	4	3	109	10	99	492	379	74	39	37
nach der Staatsangehörigkeit												
Deutsche	69 250	-	11 213	10 631	24 380	3 885	20 495	32 472	28 934	2 759	779	1 185
Nichtdeutsche	5 656	-	1 303	1 239	1 236	255	981	2 916	2 526	271	119	201
Weiblich												
Zusammen	56 099	49,0	4 027	3 704	24 748	3 978	20 770	26 418	22 164	2 956	1 298	906
nach dem Alter												
von ... bis unter ... Jahren												
unter 1	464	13,7	12	7	367	18	349	85	79	6	-	-
1 - 3	1 772	25,5	50	29	1 481	125	1 356	241	228	13	-	-
3 - 6	4 103	37,1	102	74	3 362	371	2 991	639	615	24	-	-
6 - 9	6 187	52,9	757	706	4 031	551	3 480	1 399	1 333	66	-	-
9 - 12	8 548	73,8	1 746	1 644	4 254	703	3 551	2 535	2 430	105	-	13
12 - 15	11 355	89,2	1 033	952	4 843	884	3 959	5 401	5 031	355	15	78
15 - 18	17 224	121,8	310	282	5 032	1 087	3 945	11 454	9 395	1 632	427	428
18 - 21	5 877	42,3	13	8	1 278	224	1 054	4 273	2 764	680	793	349
21 und mehr	569	2,0	4	2	100	15	85	427	289	75	63	38
nach der Staatsangehörigkeit												
Deutsche	52 054	-	3 670	3 376	23 445	3 742	19 703	24 150	20 312	2 703	1 135	789
Nichtdeutsche	4 045	-	357	328	1 303	236	1 067	2 268	1 852	253	163	117
Insgesamt												
Insgesamt	131 005	55,9	16 543	15 574	50 364	8 118	42 246	61 806	53 624	5 986	2 196	2 292
nach dem Alter												
von ... bis unter ... Jahren												
unter 1	1 034	14,9	16	10	813	40	773	205	191	14	-	-
1 - 3	3 684	25,8	111	58	3 050	242	2 808	523	490	33	-	-
3 - 6	8 599	37,9	278	219	6 901	760	6 141	1 420	1 360	60	-	-
6 - 9	14 543	60,5	2 799	2 643	8 324	1 119	7 205	3 420	3 265	155	-	-
9 - 12	22 629	95,0	6 954	6 630	8 635	1 376	7 259	6 994	6 728	266	-	46
12 - 15	29 032	111,1	4 844	4 593	9 805	1 804	8 001	14 093	13 307	763	23	290
15 - 18	37 801	130,1	1 478	1 376	9 989	2 281	7 708	25 200	21 313	3 135	752	1 134
18 - 21	12 472	43,8	55	40	2 638	471	2 167	9 032	6 302	1 411	1 319	747
21 und mehr	1 211	2,1	8	5	209	25	184	919	668	149	102	75
nach der Staatsangehörigkeit												
Deutsche	121 304	-	14 883	14 007	47 825	7 627	40 198	56 622	49 246	5 462	1 914	1 974
Nichtdeutsche	9 701	-	1 660	1 567	2 539	491	2 048	5 184	4 378	524	282	318

¹⁾ Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2005.

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.6 Andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder ¹⁾		
	2003	2004	2005	2003	2004	2005	2003	2004	2005
Kinder und Jugendliche am Jahresende unter Amtsvormundschaft	42 978	40 489	39 758	32 830	30 534	30 172	7 680	7 349	7 175
davon unter:									
gesetzlicher Amtsvormundschaft	10 217	9 554	9 311	7 623	7 076	6 853	2 230	2 059	2 020
bestellter Amtsvormundschaft	32 761	30 935	30 447	25 207	23 458	23 319	5 450	5 290	5 155
bestellter Amtspflegschaft	26 760	26 049	26 957	20 656	20 040	20 833	4 423	4 309	4 400
Beistandschaft ²⁾	683 416	684 062	689 766	549 988	549 966	556 641	67 164	68 344	71 567
Zur Adoption vorgemerkte Kinder und Jugendliche am Jahresende	801	878	771	633	715	603	168	156	157
Vorgemerkte Adoptionsbewerbungen am Jahresende	10 476	9 984	9 324	9 200	8 602	7 988	1 149	1 187	1 123
Vorgemerkte Adoptionsbewerbungen auf je ein/einen zur Adoption vorgemerkt es Kind/Jugendlichen	13	11	12	15	12	13	7	8	7
Vaterschaftsfeststellungen während des Jahres	105 973	105 818	X	58 496	59 271	X	37 536	37 663	X
dar. durch freiwillige Anerkennung	97 669	97 546	X	52 661	53 375	X	35 353	35 603	X
Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	8 104	8 527	8 686	6 820	7 043	7 189	1 052	1 268	1 240

¹⁾ Jeweils ohne Angaben für Berlin.

²⁾ Beistandschaften nach § 1712 BGB.

8.16.7 Adoptierte Kinder und Jugendliche

Gegenstand der Nachweisung	Adoptierte Kinder und Jugendliche		Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern			Staatsangehörigkeit der Adoptiveltern		
	insgesamt	je 10 000 Kinder und Jugendliche ¹⁾	verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt	Deutsche	Nichtdeutsche ²⁾	Deutsche/ Nichtdeutsche ²⁾
2004	5 072	3,4	379	2 793	1 900	4 265	158	649
2005	4 762	3,2	309	2 592	1 861	4 011	155	596
2005 nach dem Alter								
Alter von . . . bis unter . . . Jahren								
unter 1	61	0,9	4	8	49	54	1	6
1 – 3	1 132	7,9	30	65	1 037	1 071	20	41
3 – 6	707	3,1	34	285	388	643	18	46
6 – 12	1 434	3,0	95	1 062	277	1 166	53	215
12 und mehr	1 428	2,6	146	1 172	110	1 077	63	288
2005 nach der Staatsangehörigkeit								
Deutsche	3 309	.	122	1 886	1 301	3 122	49	138
Nichtdeutsche ²⁾	1 453	.	187	706	560	889	106	458
2005 nach dem Geschlecht								
Männlich	2 400	3,2	149	1 274	977	2 044	79	277
Weiblich	2 362	3,3	160	1 318	884	1 967	76	319
Nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ³⁾	4 065	3,3	283	2 302	1 480	3 364	142	559
Neue Länder	609	3,2	14	280	315	580	8	21

¹⁾ Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt.

²⁾ Einschl. Staatenloser.

³⁾ Ohne Angaben für Berlin.

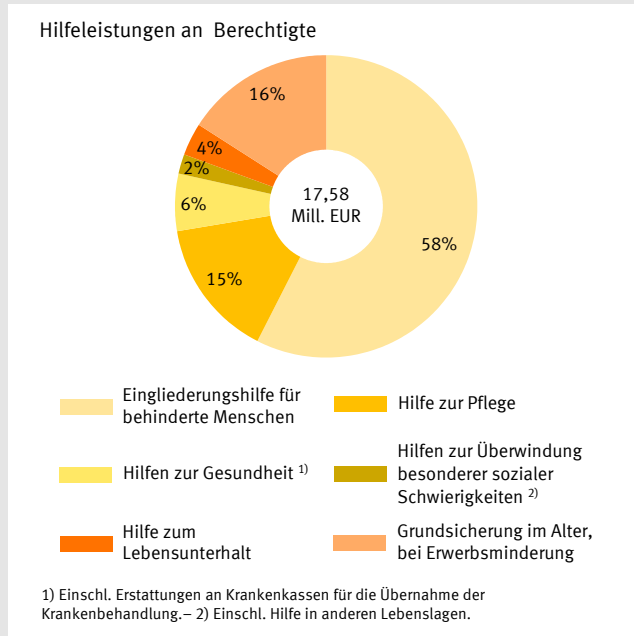
8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.8 Adoptierte Kinder und Jugendliche 2005 nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit Zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon (Sp. 1) im Alter von ... bis unter ... Jahren				Davon (Sp.1) Verwandtschaftsverhältnis zu Adoptiveltern		
				unter 3	3 – 6	6 – 12	12 und mehr	verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt
Europa	4 033	2 035	1 998	1 064	599	1 250	1 120	195	2 278	1 560
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	218	123	95	83	50	45	40	32	34	152
Bundesrepublik Deutschland	3 309	1 651	1 658	926	509	1 056	818	122	1 886	1 301
Griechenland	3	2	1	1	–	1	1	1	2	–
Italien	6	4	2	–	2	3	1	1	4	1
Österreich	11	6	5	1	4	4	2	–	10	1
Polen ¹⁾	53	22	31	10	8	15	20	3	31	19
Portugal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Spanien	4	3	1	–	2	1	1	1	3	–
sonstige EU-Länder	54	29	25	9	7	21	17	2	32	20
EU-Länder	3 440	1 717	1 723	947	532	1 101	860	130	1 968	1 342
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	29	11	18	7	9	7	6	4	6	19
Bosnien und Herzegowina	21	9	12	3	1	4	13	3	12	6
Bulgarien	25	10	15	14	6	1	4	–	5	20
Kroatien	21	9	12	5	1	4	11	2	9	10
Rumänien	42	23	19	2	2	11	27	2	34	6
Russische Föderation	257	149	108	54	41	65	97	21	125	111
Serbien und Montenegro	43	18	25	8	2	15	18	11	20	12
Türkei	39	24	15	13	7	7	12	14	8	17
Ukraine	109	57	52	15	6	34	54	3	74	32
sonstige europäische Länder	36	19	17	3	1	8	24	9	23	4
Afrika	142	77	65	38	17	34	53	23	46	73
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	68	43	25	31	8	11	18	14	6	48
Äthiopien	21	15	6	14	2	2	3	2	1	18
Kamerun	11	8	3	–	–	3	8	1	8	2
Marokko	16	12	4	5	4	4	3	3	5	8
Tunesien	3	1	2	2	–	1	–	–	–	3
sonstige afrikanische Länder	91	41	50	17	11	24	39	17	32	42
Amerika	156	76	80	39	31	41	45	10	62	84
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	81	46	35	31	24	19	7	5	8	68
Bolivien	4	2	2	2	–	2	–	1	1	2
Brasilien	24	10	14	1	4	9	10	4	14	6
Chile	1	1	–	–	–	–	1	–	1	–
Guatemala	4	1	3	2	2	–	–	–	–	4
Kolumbien	44	22	22	14	14	7	9	1	11	32
Mexiko	2	–	2	–	–	1	1	–	2	–
Paraguay	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Peru	9	5	4	2	1	2	4	–	6	3
Vereinigte Staaten	11	5	6	7	–	3	1	1	3	7
sonstige amerikanische Länder	57	30	27	11	10	17	19	3	24	30
Asien	420	207	213	47	60	106	207	81	199	140
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	179	93	86	37	51	42	49	49	25	105
Afghanistan	13	8	5	2	–	1	10	7	2	4
Armenien	5	4	1	–	–	2	3	–	5	–
Indien	34	16	18	6	10	9	9	5	4	25
Israel	3	2	1	1	–	1	1	–	2	1
Kambodscha	2	1	1	2	–	–	–	–	–	2
Korea, Republik	1	1	–	–	–	–	1	–	–	1
Pakistan	3	3	–	1	–	–	2	2	1	–
Philippinen	27	12	15	1	1	13	12	9	17	1
Sri Lanka	13	9	4	3	–	2	8	8	–	5
Thailand	110	57	53	8	28	41	33	10	57	43
Vietnam	27	11	16	1	3	2	21	9	9	9
sonstige asiatische Länder	182	83	99	22	18	35	107	31	102	49
Sonstige	11	5	6	5	–	3	3	–	7	4
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	1	1	–	–	–	–	1	–	1	–
Insgesamt	4 762	2 400	2 362	1 193	707	1 434	1 428	309	2 592	1 861
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	547	306	241	182	133	117	115	100	74	373

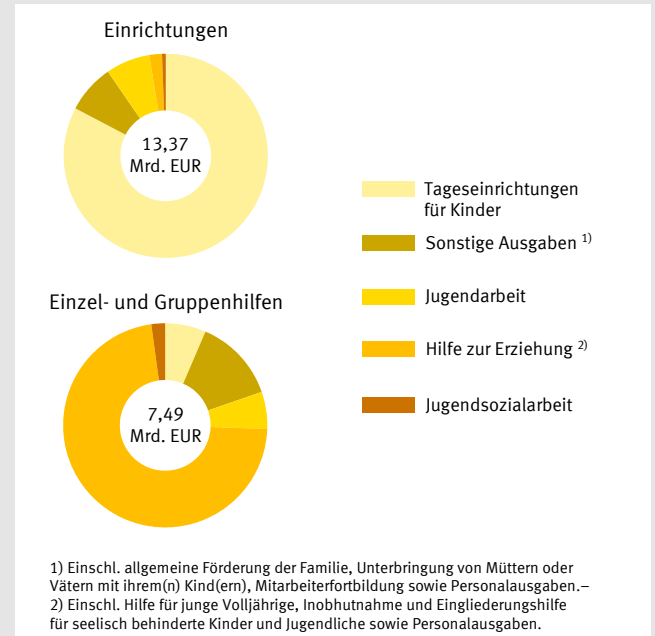
¹⁾ Seit dem 1.05.2004 Vollmitglied der EU.

8 Sozialleistungen

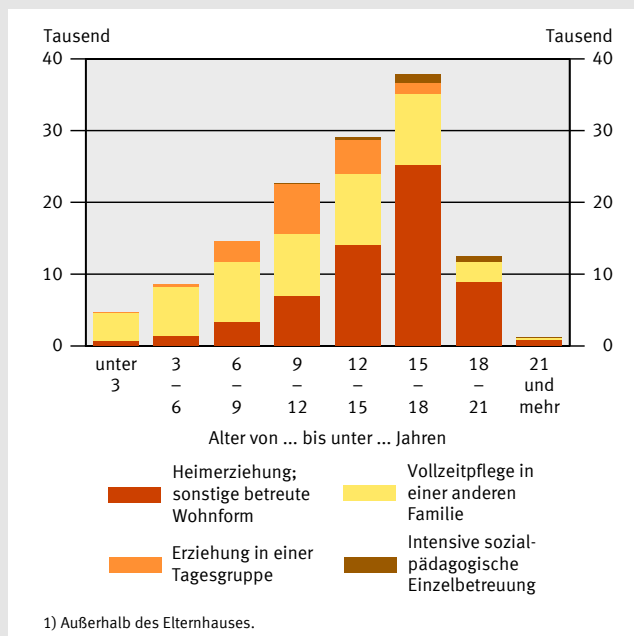
Nettoausgaben der Sozialhilfe 2005



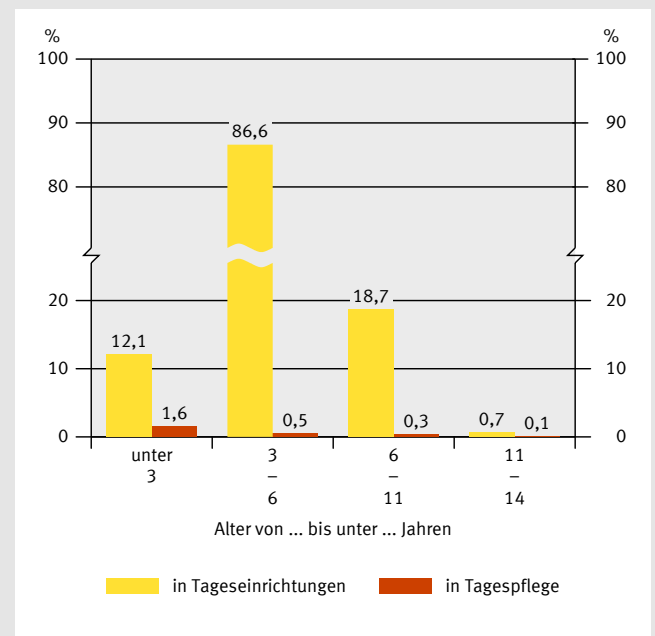
Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe 2005



Hilfen zur Erziehung ¹⁾ für junge Menschen am 31.12.2005



Besuchsquote in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 15.03.2006



2007 - 01 - 0375

8 Sozialleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.9 Vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2005

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Inobhutnahme				Herausnahme	Unterbringung während der Maßnahme		
		an jugendgefährdendem Ort		sonstiger Zugang			bei einer geeigneten Person	in einer	
		nach vorherigem Ausreißen	ohne vorheriges Ausreißen	nach vorherigem Ausreißen	ohne vorheriges Ausreißen			Einrichtung	sonstigen betreuten Wohnform
Männlich									
Zusammen	11 339	489	617	2 707	7 422	104	1 589	9 411	339
nach dem Alter									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	979	11	94	16	842	16	526	393	60
3 - 6	739	10	60	28	629	12	281	433	25
6 - 9	711	10	72	32	587	10	197	495	19
9 - 12	970	35	69	129	730	7	158	783	29
12 - 14	1 451	79	72	374	909	17	126	1 283	42
14 - 16	3 274	210	156	1 034	1 854	20	179	3 032	63
16 - 18	3 215	134	94	1 094	1 871	22	122	2 992	101
nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsche	9 105	352	485	2 100	6 073	95	1 351	7 479	275
Nichtdeutsche ¹⁾	2 234	137	132	607	1 349	9	238	1 932	64
Weiblich									
Zusammen	14 325	689	573	4 505	8 440	118	1 745	12 199	381
nach dem Alter									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	832	7	70	16	729	10	450	340	42
3 - 6	604	8	54	16	515	11	236	345	23
6 - 9	566	4	47	21	486	8	164	377	25
9 - 12	861	18	56	116	660	11	200	645	16
12 - 14	2 214	141	84	718	1 250	21	184	1 977	53
14 - 16	5 420	346	150	2 151	2 737	36	297	5 000	123
16 - 18	3 828	165	112	1 467	2 063	21	214	3 515	99
nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsche	11 624	546	450	3 657	6 860	111	1 492	9 811	321
Nichtdeutsche ¹⁾	2 701	143	123	848	1 580	7	253	2 388	60
Insgesamt									
Insgesamt	25 664	1 178	1 190	7 212	15 862	222	3 334	21 610	720
nach dem Alter									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 3	1 811	18	164	32	1 571	26	976	733	102
3 - 6	1 343	18	114	44	1 144	23	517	778	48
6 - 9	1 277	14	119	53	1 073	18	361	872	44
9 - 12	1 831	53	125	245	1 390	18	358	1 428	45
12 - 14	3 665	220	156	1 092	2 159	38	310	3 260	95
14 - 16	8 694	556	306	3 185	4 591	56	476	8 032	186
16 - 18	7 043	299	206	2 561	3 934	43	336	6 507	200
nach der Staatsangehörigkeit									
Deutsche	20 729	898	935	5 757	12 933	206	2 843	17 290	596
Nichtdeutsche ¹⁾	4 935	280	255	1 455	2 929	16	491	4 320	124
nach dem Aufenthalt vor der Maßnahme									
bei den Eltern	6 630	-	850	5 609	171
bei einem Elternteil mit Stiefelternteil oder Partner	5 120	-	564	4 402	154
bei allein erziehendem Elternteil	7 722	-	1 508	6 008	206
bei Großeltern/Verwandten	604	40	93	495	16
in einer Pflegefamilie	595	68	114	462	19
bei einer sonstigen Person	582	23	39	526	17
in einem Heim/einer sonstigen betreuten Wohnform	2 375	89	126	2 185	64
in einer Wohngemeinschaft	137	2	7	124	6
in eigener Wohnung	53	-	2	49	2
ohne feste Unterkunft	810	-	13	758	39
an unbekanntem Ort	1 036	-	18	992	26
nach dem Träger									
Träger der öffentlichen Jugendhilfe	17 248	118	3 000	13 730	518
Träger der freien Jugendhilfe	8 416	104	334	7 880	202
Nachrichtlich:									
Früheres Bundesgebiet ²⁾	18 496	799	867	5 194	11 490	146	2 814	15 198	484
Neue Länder	5 895	255	252	1 519	3 793	76	476	5 222	197

¹⁾ Einschl. Staatenloser.

²⁾ Ohne Angaben für Berlin.

8 Sozialeleistungen
8.16 Kinder- und Jugendhilfe

8.16.10 Tätige Personen in Kindertageseinrichtungen am 15. März 2006 nach Berufsausbildungsabschluss *)

Berufsausbildungsabschluss	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Im Alter von ... bis unter ... Jahren				Vollzeit-	Teilzeit-	Nebenberuflich
				unter 25	25 – 40	40 – 60	60 und mehr			
Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Sozialarbeiter/-innen ¹⁾	888	6 984	7 872	131	2 529	5 116	96	3 534	3 909	429
Dipl.-Pädagogen/-innen, Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Erziehungswissenschaftler/-innen ²⁾	315	2 492	2 807	54	1 166	1 555	32	1 020	1 563	224
Dipl.-Heilpädagogen/-innen	51	717	768	42	317	404	5	315	368	85
Erzieher/-innen	5 505	243 627	249 132	17 984	93 639	134 880	2 629	97 838	145 496	5 798
Heilpädagogen/-innen (Fachschule)	146	4 910	5 056	81	1 922	3 022	31	2 076	2 705	275
Kinderpfleger/-innen	442	45 786	46 228	5 994	17 179	22 640	415	18 163	26 777	1 288
Assistenten/-innen im Sozialwesen ³⁾	94	1 642	1 736	564	709	450	13	367	1 234	135
Sonstige soziale/sozialpädagogische Kurzausbildung	88	1 506	1 594	239	277	1 030	48	329	1 072	193
Sonstige Sozial- und Erziehungsberufe	171	3 035	3 206	328	1 158	1 667	53	951	2 090	165
(Fach-)Kinderkrankenpfleger, -schwestern, Krankenpfleger, -schwestern	12	1 355	1 367	27	210	1 084	46	384	868	115
Sonstige Gesundheitsdienstberufe	260	2 211	2 471	94	1 047	1 288	42	626	1 304	541
Lehrer/-innen	164	1 389	1 553	24	420	1 028	81	338	908	307
Anderer Hochschulabschluss	214	589	803	33	271	463	36	141	350	312
Verwaltungs- und Büroberufe	220	1 787	2 007	62	446	1 378	121	187	711	1 109
Hauswirtschaftsleiter/-innen, Wirtschaftler/-innen, Oekotrophologen/-innen	12	402	414	11	87	307	9	67	281	66
Sonstiger Berufsausbildungsabschluss	551	5 526	6 077	548	1 235	4 071	223	1 111	3 406	1 560
Praktikanten/-innen im Anerkennungsjahr	788	9 746	10 534	8 807	1 384	341	2	8 911	1 553	70
Anderweitig noch in Berufsausbildung	538	4 231	4 769	4 008	552	199	10	2 631	1 674	464
Ohne abgeschlossene Ausbildung	1 031	6 509	7 540	4 865	673	1 887	115	4 337	2 632	571
Insgesamt	11 490	344 444	355 934	43 896	125 221	182 810	4 007	143 326	198 901	13 707

*) Pädagogisches und Verwaltungspersonal.
1) Fachhochschule oder vergleichbarer Abschluss.
2) Universität oder vergleichbarer Abschluss.

3) Sozialassistent/-in, Sozialbetreuer/-in, Sozialpflegeassistent/-in, sozialpädagogische/r Assistent/-in.

8 Sozialeleistungen
 8.16 Kinder- und Jugendhilfe
 8.16.11 Einrichtungen, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen am 15. März 2006

Art der Einrichtung	Einrichtungen			Kinder in Einrichtungen			Tätige Personen			
	insgesamt	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	öffentliche Träger	freie Träger	pädagogisches und Verwaltungspersonal			Hauswirtschaftliches und technisches Personal
							insgesamt	öffentliche Träger	freie Träger	
Einrichtungen für Kinder im Alter von . . . bis unter . . . Jahren										
0 – 3 (2002: Kinderkrippen)	606	98	508	11 287	2 857	8 430	3 037	785	2 252	344
2 – 8 (ohne Schulkinder) (2002: Kindergärten) . .	25 687	8 834	16 853	1 408 802	482 666	926 136	192 760	62 428	130 332	28 405
5 – 14 (nur Schulkinder) (2002: Horte)	2 966	1 467	1 499	158 915	94 297	64 618	16 342	7 969	8 373	2 084
Kombi-Einrichtungen	18 942	7 371	11 571	1 374 979	563 170	811 809	203 551	79 027	124 524	28 923
davon:										
Einrichtungen mit alterseinheitlichen Gruppen . .	4 990	2 348	2 642	436 013	205 196	230 817	59 982	27 197	32 785	8 415
Einrichtungen mit altersgemischten Gruppen . . .	4 610	1 508	3 102	212 870	80 898	131 972	35 519	12 438	23 081	5 238
Einrichtungen mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	9 342	3 515	5 827	726 096	277 076	449 020	108 050	39 392	68 658	15 270
Insgesamt	48 201	17 770	30 431	2 953 983	1 142 990	1 810 993	415 690	150 209	265 481	59 756
darunter:										
Integrative Einrichtungen	12 766	4 170	8 596	928 349	318 138	610 211	142 766	46 248	96 518	19 717
Einrichtungen für behinderte Kinder	334	71	263	12 714	3 013	9 701	4 566	550	4 016	533
Einrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen	307	57	250	14 700	3 048	11 652	2 858	628	2 230	263
Einrichtungen von Elterninitiativen	3 626	.	3 626	111 041	.	111 041	21 307	.	21 307	2 911

8.16.12 Tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 15. März 2006

Berufsausbildungsabschluss Qualifikationsnachweis Ort der Betreuung	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren			
				unter 25	25 – 40	40 – 60	60 und mehr
Insgesamt	795	29 632	30 427	1 147	11 946	15 421	1 913
und zwar:							
Berufsausbildungsabschluss							
Erzieher/-in	53	3 760	3 813	142	1 726	1 856	89
Kinderpfleger/-in	17	1 237	1 254	162	507	555	30
(Fach-) Hochschulabschluss ¹⁾	43	736	779	14	324	400	41
anderer Abschluss	583	19 837	20 420	563	7 986	10 596	1 275
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	99	4 062	4 161	266	1 403	2 014	478
Qualifikationsnachweis							
mit abgeschlossenem Qualifizierungskurs	242	13 077	13 319	276	5 477	7 146	420
anderer Nachweis der Qualifikation	457	12 767	13 224	617	4 791	6 632	1 184
in tätigkeitsbegleitender Grundqualifizierung . . .	97	4 548	4 645	195	1 852	2 228	370
Erste-Hilfe-Kurs für Säuglinge und Kleinkinder . . .	225	13 589	13 814	385	5 652	7 343	434
Ort der Betreuung							
in der Wohnung des Kindes/der Kinder	221	3 462	3 683
in der eigenen Wohnung	521	25 031	25 552
in anderen Räumen	57	1 319	1 376

¹⁾ Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Sozialarbeiter/-innen (Fachhochschule oder vergleichbarer Abschluss), Dipl.-Pädagogen/-innen, Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Erziehungswissenschaftler/-innen (Universität oder vergleichbarer Abschluss).

8 Sozialeleistungen
8.16 Kinder- und Jugendhilfe

8.16.13 Kinder in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 15. März 2006

Gegenstand der Nachweisung	Kinder in Tagesbetreuung							Ganztagsbetreuung (mehr als 7 Stunden)
	insgesamt	davon mit einem Betreuungsumfang von					vor- und nachmittags, ohne Mittagsbetreuung	
		bis zu 5 Stunden	mehr als 5 bis 7 Stunden	mehr als 7 bis 10 Stunden	mehr als 10 Stunden			
Anzahl								
Männlich								
Zusammen	1 552 335	515 569	462 033	364 659	16 467	193 607	381 126	
und zwar:								
ausländisches Herkunftsland								
mindestens eines Elternteils	341 961	99 234	109 103	78 155	1 895	53 574	80 050	
in der Familie wird vorrangig								
nicht deutsch gesprochen	234 496	66 531	77 339	52 157	1 727	36 742	53 884	
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren								
unter 3	147 478	36 793	35 992	66 562	4 156	3 975	70 718	
3 - 6	998 207	295 492	293 605	245 180	10 456	153 474	255 636	
6 - 11	395 133	176 023	128 592	52 713	1 782	36 023	54 495	
11 - 14	11 517	7 261	3 844	204	73	135	277	
Weiblich								
Zusammen	1 461 608	489 999	434 865	336 903	15 246	184 595	352 149	
und zwar:								
ausländisches Herkunftsland								
mindestens eines Elternteils	319 550	93 811	101 458	71 483	1 810	50 988	73 293	
in der Familie wird vorrangig								
nicht deutsch gesprochen	217 109	62 220	70 964	47 211	1 801	34 913	49 012	
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren								
unter 3	139 431	34 935	34 404	62 175	3 885	4 032	66 060	
3 - 6	954 271	285 530	281 058	229 793	9 673	148 217	239 466	
6 - 11	358 311	163 445	116 315	44 757	1 611	32 183	46 368	
11 - 14	9 595	6 089	3 088	178	77	163	255	
Insgesamt								
Insgesamt	3 013 943	1 005 568	896 898	701 562	31 713	378 202	733 275	
und zwar:								
ausländisches Herkunftsland								
mindestens eines Elternteils	661 511	193 045	210 561	149 638	3 705	104 562	153 343	
in der Familie wird vorrangig								
nicht deutsch gesprochen	451 605	128 751	148 303	99 368	3 528	71 655	102 896	
nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren								
unter 3	286 909	71 728	70 396	128 737	8 041	8 007	136 778	
3 - 6	1 952 478	581 022	574 663	474 973	20 129	301 691	495 102	
6 - 11	753 444	339 468	244 907	97 470	3 393	68 206	100 863	
11 - 14	21 112	13 350	6 932	382	150	298	532	

8.16.14 Kinder in Tageseinrichtungen am 15. März 2006 nach Ländern

Land	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren																					
		0 - 3		Besuchs- quote		Ganztags- quote		3 - 6		Besuchs- quote		Ganztags- quote		6 - 11		Besuchs- quote		Ganztags- quote		11 - 14 ¹⁾		Besuchs- quote	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Baden-Württemberg	387 937	21 193	7,3	1,7	290 644	93,0	6,8	73 645	12,9	0,6	2 455	0,7											
Bayern	433 468	24 281	7,3	1,9	301 460	84,5	16,8	103 613	16,0	2,0	4 114	1,0											
Berlin	105 583	29 437	34,4	19,4	71 850	87,1	50,3	4 294	3,3	2,0	2	0,0											
Brandenburg	128 542	19 902	35,8	22,1	52 123	90,8	43,8	55 311	60,7	4,9	1 206	2,5											
Bremen	21 886	1 198	7,4	2,7	13 981	83,9	18,4	6 454	21,8	2,0	253	1,4											
Hamburg	60 557	7 705	16,6	8,9	34 025	76,3	24,7	17 709	23,8	2,7	1 118	2,5											
Hessen	221 579	12 515	7,7	2,9	151 400	88,7	22,1	56 004	18,4	2,8	1 660	0,9											
Mecklenburg-Vorpommern	78 079	12 960	33,9	18,1	34 471	90,0	46,1	30 337	52,6	7,1	311	1,0											
Niedersachsen	253 109	9 406	4,5	1,3	184 905	79,1	7,9	58 048	13,5	1,0	750	0,3											
Nordrhein-Westfalen	585 271	24 925	5,3	2,4	426 228	83,5	19,0	131 018	14,0	2,3	3 100	0,5											
Rheinland-Pfalz	143 680	8 949	8,8	2,6	104 534	93,5	18,1	29 302	14,1	2,3	895	0,7											
Saarland	33 348	2 253	9,9	3,8	23 472	93,7	14,8	7 482	15,5	1,7	141	0,4											
Sachsen	214 361	30 632	31,3	20,1	88 884	92,6	59,5	93 423	67,2	9,2	1 422	2,0											
Sachsen-Anhalt	116 068	25 568	49,9	26,4	48 505	91,2	50,6	41 616	52,0	7,6	379	0,9											
Schleswig-Holstein	91 061	4 263	5,9	1,7	65 148	80,5	10,0	21 330	14,3	1,2	320	0,3											
Thüringen	79 454	18 697	36,8	30,4	48 777	94,9	84,0	11 966	15,3	11,5	14	0,0											
Deutschland	2 953 983	253 884	12,1	5,9	1 940 407	86,6	22,0	741 552	18,7	2,5	18 140	0,7											

¹⁾ Ganztagsquote in dieser Altersgruppe nicht ausgewiesen, da Wert durchgehend bei 0,0.

8 Sozialeleistungen
8.16 Kinder- und Jugendhilfe

8.16.15 Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 15. März 2006 nach Ländern

Land	Insgesamt	Kinder im Alter von . . . bis unter . . . Jahren						Betreuungstage pro Woche									
		0 – 3		3 – 6		6 – 11		11 – 14		1 – 2		3 – 4		5		6 – 7	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl					
Baden-Württemberg	10 722	4 412	1,5	2 587	0,8	2 934	0,5	789	0,2	3 344	3 360	3 833	185				
Bayern	5 230	3 017	0,9	995	0,3	956	0,2	262	0,1	1 240	1 860	2 036	95				
Berlin	4 281	3 008	3,5	1 045	1,3	215	0,2	13	0,0	51	210	3 971	49				
Brandenburg	3 060	2 586	4,7	400	0,7	73	0,1	1	0,0	14	104	2 931	11				
Bremen	761	290	1,8	189	1,1	222	0,8	60	0,3	83	217	426	35				
Hamburg	5 302	2 093	4,5	1 219	2,7	1 600	2,2	390	0,9	286	905	3 846	265				
Hessen	3 480	2 087	1,6	566	0,4	678	0,3	149	0,1	729	1 133	1 567	51				
Mecklenburg-Vorpommern	4 338	3 547	9,3	674	1,8	116	0,2	1	0,0	6	74	4 227	31				
Niedersachsen	3 853	1 344	0,6	945	0,4	1 265	0,3	299	0,1	508	933	2 237	175				
Nordrhein-Westfalen	10 996	5 785	1,2	2 057	0,4	2 489	0,3	665	0,1	1 697	3 068	5 856	375				
Rheinland-Pfalz	1 761	618	0,6	390	0,3	607	0,3	146	0,1	312	414	941	94				
Saarland	391	82	0,4	94	0,4	143	0,3	72	0,2	36	63	263	29				
Sachsen	2 399	2 163	2,2	178	0,2	53	0,0	5	0,0	34	102	2 256	7				
Sachsen-Anhalt	234	167	0,3	51	0,1	16	0,0	0	0,0	5	22	201	6				
Schleswig-Holstein	2 415	1 241	1,7	560	0,7	496	0,3	118	0,1	401	701	1 266	47				
Thüringen	606	571	1,1	21	0,0	12	0,0	2	0,0	19	27	556	4				
Deutschland	59 829	33 011	1,6	11 971	0,5	11 875	0,3	2 972	0,1	8 765	13 193	36 413	1 459				

8.16.16 Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt			Einzel- und Gruppenhilfen			Einrichtungen		
	2004			2005			1 000 EUR		
	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen
Ausgaben nach Leistungsbereichen	19 962 757 ¹⁾	7 366 798 ¹⁾	12 595 959	20 197 144 ¹⁾	7 492 948 ¹⁾	12 704 196			
Jugendarbeit	1 349 776	427 943	921 833	1 377 591	442 401	935 190			
Jugendsozialarbeit	260 582	169 627	90 954	251 960	167 036	84 924			
allgemeine Förderung der Familie	76 965	57 014	19 951	79 563	57 862	21 701			
Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(em)	97 822	92 739	5 082	108 464	103 521	4 943			
Tageseinrichtungen für Kinder	11 430 891	497 019	10 933 872	11 542 452	486 934	11 055 518			
Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche.	5 634 389	5 351 838	282 551	5 668 067	5 397 185	270 882			
Mitarbeiterfortbildung	15 137	5 386	9 751	15 041	4 620	10 420			
sonstige Ausgaben	920 501	588 536	331 964	979 986	648 179	331 807			
Ausgaben der Personalverwaltung	708 391	–	–	668 088	–	–			
Ausgaben insgesamt	20 671 147	7 366 798	13 304 350	20 865 232	7 492 948	13 372 284			
davon: öffentliche Träger.	14 182 573	6 698 994	7 483 579	14 144 051	6 836 978	7 307 074			
Förderung von freien Trägern	6 488 574	667 804	5 820 770	6 721 181	655 971	6 065 210			
Einnahmen insgesamt	2 134 939	567 406	1 567 534	2 042 990	533 354	1 509 636			
Reine Ausgaben insgesamt	18 536 208	6 799 392	11 736 816	18 822 242	6 959 595	11 862 647			

¹⁾ Einschl. Personalausgaben, die nicht nach den einzelnen Leistungsbereichen aufteilbar sind (177 Mill. EUR in 2004; 185 Mill. EUR in 2005).

8 Sozialeleistungen
8.17 Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2005 *)
8.17.1 Nach Art und Ursache der schwersten Behinderung sowie Grad der Behinderung

Art der schwersten Behinderung Ursache der schwersten Behinderung	Insgesamt		Davon mit einem Grad der Behinderung von					
	Anzahl	%	50	60	70	80	90	100
Insgesamt	6 765 355	100	2 044 599	1 098 587	770 049	828 419	351 423	1 672 278
nach der Art der schwersten Behinderung								
Körperliche Behinderungen								
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	78 804	1,2	13 301	8 750	11 658	12 462	7 725	24 908
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	950 760	14,1	305 928	191 577	134 130	116 446	55 510	147 169
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	878 018	13,0	405 864	182 720	107 501	77 793	32 316	71 824
Querschnittlähmung	16 793	0,2	185	165	239	706	358	15 140
Blindheit und Sehbehinderung	347 226	5,1	48 059	27 414	26 946	27 980	22 208	194 619
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen ¹⁾	254 481	3,8	72 584	45 778	37 241	33 476	16 589	48 813
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	173 551	2,6	61 486	39 111	16 508	22 849	7 096	26 501
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 745 571	25,8	548 061	308 854	207 038	237 432	93 648	350 538
Zusammen	4 445 204	65,7	1 455 468	804 369	541 261	529 144	235 450	879 512
Zerebrale Störungen, geistige Behinderungen, seelische Behinderungen								
Hirnorganische Anfälle	158 547	2,3	31 093	20 135	16 996	22 520	9 532	58 271
Hirnorganisches Psychosyndrom, symptomatische Psychosen	443 331	6,6	55 877	38 354	38 924	59 301	29 571	221 304
Störungen der geistigen Entwicklung ²⁾	285 584	4,2	25 094	13 323	15 604	39 297	9 041	183 225
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen); Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	304 563	4,5	128 236	50 209	33 942	37 584	9 521	45 071
Suchtkrankheiten	44 090	0,7	13 611	8 867	6 597	6 230	2 052	6 733
Zusammen	1 236 115	18,3	253 911	130 888	112 063	164 932	59 717	514 604
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen								
Zusammen	1 084 036	16,0	335 220	163 330	116 725	134 343	56 256	278 162
nach der Ursache der schwersten Behinderung								
Angeborene Behinderung	307 980	4,6	39 194	20 290	18 980	37 312	10 050	182 154
Allgemeine Krankheit ³⁾	5 617 993	83,0	1 756 964	942 607	648 458	683 668	292 751	1 293 545
Arbeitsunfall ⁴⁾ , Berufskrankheit	78 142	1,2	28 175	15 482	10 566	8 349	3 691	11 879
Verkehrsunfall	41 718	0,6	11 886	6 448	5 315	5 513	2 078	10 478
Häuslicher Unfall	8 289	0,1	3 085	1 379	872	834	307	1 812
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	28 287	0,4	9 705	4 597	3 421	2 997	1 243	6 324
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	96 373	1,4	18 592	13 448	13 651	14 045	8 728	27 909
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	586 573	8,7	176 998	94 336	68 786	75 701	32 575	138 177

*) Mit gültigem Schwerbehindertenausweis. – Siehe hierzu auch »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

¹⁾ Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

²⁾ Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

³⁾ Einschl. Impfschäden.

⁴⁾ Einschl. Wege- und Betriebswegeunfällen.

8.17.2 Nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Quote ¹⁾	Anzahl	Quote ¹⁾	Anzahl	Quote ¹⁾
unter 4	14 478	1	8 229	1	6 249	0
4 – 6	14 611	1	8 425	1	6 186	1
6 – 15	91 124	1	53 476	1	37 648	1
15 – 18	41 342	1	24 106	2	17 236	1
18 – 25	111 722	2	64 989	2	46 733	1
25 – 35	200 061	2	112 305	2	87 756	2
35 – 45	468 581	3	251 216	4	217 365	3
45 – 55	794 660	7	418 505	7	376 155	6
55 – 60	607 467	13	335 619	14	271 848	11
60 – 62	282 040	17	160 432	20	121 608	14
62 – 65	535 298	18	318 926	22	216 372	14
65 – 70	937 366	17	553 182	22	384 184	14
70 – 75	778 768	21	433 126	25	345 642	17
75 und mehr	1 887 837	28	785 447	34	1 102 390	25
Insgesamt	6 765 355	8	3 527 983	9	3 237 372	8

*) Mit gültigem Schwerbehindertenausweis. – Siehe hierzu auch »Methodische Erläuterungen« und »Definitionen« am Anfang dieses Kapitels.

¹⁾ Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerung (Stand: 31.12.2005) in %.

8 Sozialeleistungen
8.18 Wohngeld
8.18.1 Empfängerhaushalte am 31.12.2005 nach Ländern

Land	Reine Wohngeldhaushalte				Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten
	insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten	Mietzuschuss	Lastenzuschuss	
	1 000	%	1 000		
Deutschland	780,7	2,0	695,2	85,4	30,2
Baden-Württemberg	68,3	1,4	62,8	5,5	2,1
Bayern	69,8	1,2	63,4	6,5	1,6
Berlin	41,7	2,2	41,2	0,6	1,7
Bremen	7,7	2,2	7,1	0,6	0,3
Hamburg	19,4	2,1	19,0	0,4	1,0
Hessen	37,4	1,3	34,4	3,0	1,8
Niedersachsen	78,3	2,1	63,0	15,4	3,1
Nordrhein-Westfalen	173,8	2,1	157,7	16,0	7,7
Rheinland-Pfalz	29,7	1,6	24,8	4,9	1,0
Saarland	6,2	1,2	5,2	1,0	0,2
Schleswig-Holstein	32,6	2,4	27,8	4,9	0,9
Früheres Bundesgebiet mit Berlin	565,1	1,7	506,3	58,8	21,6
Brandenburg	33,9	2,8	29,6	4,3	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	36,9	4,4	32,3	4,6	1,8
Sachsen	79,7	3,6	70,9	8,8	2,8
Sachsen-Anhalt	31,7	2,7	28,1	3,6	1,3
Thüringen	33,2	3,0	28,0	5,2	1,2
Neue Länder ohne Berlin	215,5	3,3	188,9	26,6	8,7

8.18.2 Empfängerhaushalte am 31.12.2005 nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung des Antragstellers bzw. der Antragstellerin

Haushaltsgröße	Reine Wohngeldhaushalte										Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Misch- haushalten
	zusammen	Erwerbstätige				Arbeits- lose	Nichterwerbspersonen				
		Selbst- ständige	Beamte/ Beamtinnen	Ange- stellte	Arbeiter/ -innen		Rentner/ -innen	Pensionäre/ -innen	Stu- dierende	sonstige	
1 000											
Insgesamt	780,7	25,0	1,6	93,1	185,3	88,5	310,9	0,5	30,4	45,5	30,2
davon: Haushalte											
von Alleinstehenden	379,7	7,0	0,5	22,1	27,1	39,8	253,5	0,2	19,3	10,1	20,2
mit 2 Familienmitgliedern	130,0	4,9	0,2	25,0	23,3	15,5	42,2	0,1	7,0	11,8	5,2
mit 3 Familienmitgliedern	83,6	4,2	0,3	19,2	26,7	11,6	7,8	0,0	2,7	10,9	2,2
mit 4 Familienmitgliedern	101,1	4,8	0,4	15,9	53,3	13,3	4,4	0,1	1,0	7,9	1,4
mit 5 Familienmitgliedern	53,6	2,3	0,1	7,0	33,3	5,6	1,8	0,0	0,2	3,2	0,7
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	32,7	1,7	0,1	3,9	21,6	2,6	1,1	0,0	0,1	1,6	0,6

8.18.3 Gezahltes Wohngeld 2005 nach Ländern *)

Land	Wohngeld insgesamt	Davon	
		Mietzuschuss	Lastenzuschuss
	1 000 EUR		
Deutschland	1 234 909	1 091 681	143 228
Baden-Württemberg	112 212	102 751	9 461
Bayern	103 816	94 120	9 696
Berlin	68 200	67 518	682
Bremen	13 115	11 703	1 412
Hamburg	30 786	29 895	891
Hessen	80 416	74 307	6 109
Niedersachsen	131 664	105 139	26 524
Nordrhein-Westfalen	304 222	273 904	30 318
Rheinland-Pfalz	51 135	42 934	8 201
Saarland	11 455	9 858	1 597
Schleswig-Holstein	54 545	47 196	7 349
Früheres Bundesgebiet mit Berlin	961 566	859 324	102 242
Brandenburg	45 325	38 355	6 970
Mecklenburg-Vorpommern	42 192	35 563	6 629
Sachsen	104 877	90 163	14 714
Sachsen-Anhalt	40 101	34 935	5 166
Thüringen	40 848	33 340	7 508
Neue Länder ohne Berlin	273 343	232 357	40 986

*) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen, einschl. wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten.

8 Sozialeleistungen
8.19 Lastenausgleich *)
8.19.1 Zuerkennung und Erfüllung der Hauptentschädigung bis zum 31.12.2006

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Insgesamt	Vertreibungs- schäden	Kriegssach- schäden	Ostschäden	Schäden im Sinne des BFG ¹⁾	Reparations- schäden
Ansprüche auf Hauptentschädigung							
Zuerkannt	Anzahl	5 520 934	3 618 806	1 223 466	78 441	522 931	77 290
Vollerfüllt	Anzahl	5 504 344	3 606 918	1 221 138	78 331	520 797	77 160
Nicht oder erst teilweise erfüllt	Anzahl	16 590	11 888	2 328	110	2 134	130
dar. durch Kriegsschadenrente vorläufig in Anspruch genommen ²⁾	Anzahl	716	432	187	25	58	14
Grundbeträge der Hauptentschädigung							
Zuerkannt	Mill. EUR	12 835	8 614	2 061	92	1 902	166
Erfüllt	Mill. EUR	12 811	8 600	2 059	92	1 895	165
Nicht erfüllt	Mill. EUR	24	14	2	–	7	1
dar. durch Kriegsschadenrente vorläufig in Anspruch genommen ²⁾	Mill. EUR	8	6	1	–	1	–
Erfüllungsbeträge der Hauptentschädigung							
Barerfüllung ³⁾	Mill. EUR	12 170	6 942	1 953	107	2 868	300
Grundbeträge	Mill. EUR	7 316	4 101	1 296	67	1 694	158
Zinszuschläge ⁴⁾	Mill. EUR	4 854	2 841	657	40	1 174	142
Begründung von Forderungen	Mill. EUR	2 064	1 594	449	21	–	–
Grundbeträge	Mill. EUR	1 723	1 321	384	18	–	–
Zinszuschläge	Mill. EUR	341	273	65	3	–	–
Umwandlung von Darlehen ⁵⁾	Mill. EUR	1 203	887	246	3	64	3
Grundbeträge	Mill. EUR	919	672	207	2	36	2
Zinszuschläge	Mill. EUR	284	215	39	1	28	1
Anrechnung von Kriegsschadenrente ⁶⁾	Mill. EUR	3 742	3 255	225	7	248	7
Grundbeträge	Mill. EUR	2 853	2 506	172	5	165	5
Zinszuschläge	Mill. EUR	889	749	53	2	83	2
Hauptentschädigung insgesamt	Mill. EUR	19 179	12 678	2 873	138	3 180	310
Grundbeträge	Mill. EUR	12 811	8 600	2 059	92	1 895	165
Zinszuschläge	Mill. EUR	6 368	4 078	814	46	1 285	145

*) Früheres Bundesgebiet.

¹⁾ Vermögensschäden in Mitteldeutschland, in der späteren sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im Sowjetsektor von Berlin sowie in dem Gebiet der ehem. DDR, die nach § 15a Lastenausgleichsgesetz (LAG) entschädigt werden.

²⁾ Einschl. laufender Beihilfen.

³⁾ Einschl. Erfüllung durch Verrechnung.

⁴⁾ Einschl. vorweg erfüllter Mindesterfüllungsbeträge an Empfänger/-innen laufender Kriegsschadenrente, für die kein gesonderter Nachweis vorhanden ist.

⁵⁾ Einschl. sonstiger Maßnahmen.

⁶⁾ Empfänger/-innen (ohne zuschlagsberechtigte Ehegatten und Kinder) nachstehender Leistungsarten: Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente, Beihilfe zum Lebensunterhalt, besondere laufende Beihilfe, Unterhaltsbeihilfe. Berechtigte, die mehrere dieser Leistungsarten gleichzeitig empfangen, sind nur einmal erfasst.

⁷⁾ Inhaber/-innen des Flüchtlingsausweises C, einschl. übriger Geschädigter im Sinne der Zweiten Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (2. Leistungs-DV-LA).

⁸⁾ Berechtigte nach dem Flüchtlingshilfegesetz (FlüHG), § 10 des Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (14. ÄndG LAG), Reparationsschädengesetz (RepG), § 301 b Lastenausgleichsgesetz (LAG) und ohne Angabe.

⁹⁾ Ein neues, vereinfachtes EDV-Verfahren macht die Unterscheidung nach Geschädigtengruppen nicht mehr möglich.

Quelle: Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.

8.19.2 Empfänger und Empfängerinnen von Kriegsschadenrente und laufenden Beihilfen

Empfänger/Empfängerinnen (Berechtigte) ⁴⁾	1. 1.								
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ⁹⁾
Vertriebene	35 986	31 297	27 009	23 422	20 161	17 315	14 932	12 790	.
Kriegssachgeschädigte	560	474	399	316	266	217	176	140	.
Währungs-/Ostgeschädigte	485	402	334	284	234	204	166	135	.
Flüchtlinge ⁷⁾	1 961	1 695	1 455	1 251	1 078	893	772	651	.
Sonstige Geschädigte ⁸⁾	857	757	651	551	466	402	341	283	.
Insgesamt	39 849	34 625	29 848	25 824	22 205	19 031	16 387	13 999	12 154

Fußnoten siehe am Anfang der Tabelle.

Quelle: Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H.

Publikationen

Aktuelle Beiträge in »Wirtschaft und Statistik«	Heft
Leistungen der Jugendhilfe für junge Volljährige	4/04
Schwerbehinderte Menschen 2003	11/05
Lebenslagen der behinderten Menschen (Ergebnis des Mikrozensus 2005) .	12/06
Ergebnisse der Statistiken über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2004	2/06
Neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung	2/06
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2004	4/06
Statistik der erzieherischen Hilfe neu konzipiert	10/06
Wohngeld in Deutschland 2005	2/07
Behinderung und Einkommen (Ergebnis des Mikrozensus 2005)	2/07
Fachserie 13: Sozialeleistungen	Reihe
Altersvorsorge und vermögenswirksame Leistungen (Ergebnisse des Mikrozensus)	1 (j)
Sozialhilfe	2 (j)
Wohngeld	4 (j)
Schwerbehinderte Menschen	5 (2j)
Jugendhilfe	6 (j, 4-5j)
Leistungen an Asylbewerber	7 (j)

Thematische Veröffentlichungen

Unter www.destatis.de (Sozialeleistungen, Publikationen, verschiedene Fachveröffentlichungen) stehen Ihnen zu den Statistiken der

- Jugendhilfe
- Pflege
- Sozialhilfe
- Schwerbehinderten Menschen

(Kurz-) Berichte, Broschüren und Faltblätter zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Ferner stehen zu allen Statistiken und zur Statistik der Kriegsopferfürsorge im Publikationsservice im Internet (www.destatis.de) verschiedene Themenpapiere und Publikationen als kostenfreie Download-Produkte zur Verfügung.

Auskünfte

Für Informationen zu den Themen dieses Kapitels stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den jeweiligen Telefonnummern und E-Mail-Adressen zur Verfügung:

Sozialeleistungen

Kinder- und Jugendhilfestatistiken, Erziehungsgeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss

Telefon: 0 18 88 / 6 44 – 81 67
 E-Mail: jugendhilfe@destatis.de

Pflege, Schwerbehinderte Menschen, Lastenausgleich, Kriegsopferfürsorge, Rente, Sonstige öffentliche Sozialleistungen

Telefon: 0 18 88 / 6 44 – 89 56
 E-Mail: pflege@destatis.de
 E-Mail: schwerbehinderte@destatis.de
 E-Mail: sozialeleistungen@destatis.de

Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen, Wohngeld

Telefon: 0 18 88 / 6 44 – 89 53
 E-Mail: sozialhilfe@destatis.de

Weitere Details zu unserem Informationsangebot können Sie den Ausführungen auf Seite 10 f. oder unserer Homepage unter www.destatis.de entnehmen.